

Nach der Pandemie, welche  
Demokratie?

---

# INTERNATIONALES FORUM ZOFINGEN

---

2021

## DOKUMENTATION

Die Demokratie zwischen Kraft und Zerfall,  
Gedanken und Impulse für die Demokratie  
nach Corona.

Eine Veranstaltung der

SWISS  
DEMOCRACY  
FOUNDATION  
SCHWEIZER  
DEMOKRATIE  
STIFTUNG

Mit der Unterstützung von

STIFTUNG  
MERCATOR  
SCHWEIZ

SWISSLOS  
Kanton Aargau

ZOFINGEN  
BEWEGT & VERBINDET

SWI swissinfo.ch



Der Stiftungsrat der Schweizer Demokratie Stiftung präsentiert dem Schweizer Bundesrat am Internationalen Demokratietag 2021 den neuen Swiss Democracy Passport. Dieser «Guide to Modern Direct Democracy» ist online oder in gedruckter Form erhältlich: [swissdemocracy.foundation](http://swissdemocracy.foundation)

## IMPRESSUM

© 2021 Swiss Democracy Foundation

Diese Dokumentation dient den Teilnehmenden des Ersten Internationalen Demokratie Forums in Zofingen zur Vorbereitung der Gespräche zum Thema «Nach der Pandemie – welche Demokratie?» und beinhaltet Kurzbeiträge und Interviews mit den Referentinnen und Referenten des Forums.

**Redaktor:** Bruno Kaufmann, Stiftungsrat

Das Internationale Demokratieforum in Zofingen findet statt in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Stiftung Mercator Schweiz, [SWI swissinfo.ch](http://SWI.swissinfo.ch), [Swisslos](http://Swisslos) Kanton Aargau und der Stadt Zofingen.

**Design und Layout:** Jacqueline Jeanmaire und Vera Reich ([agentur.ch](http://agentur.ch))

Bildrechte bei den gezeigten Personen resp. Ihren Organisationen mit Ausnahme von: @Steffen Jänicke (Yascha Mounk); ©Kanton Aargau. Foto: dominik golob photography (Alex Hürzeler); @David Bächtold (Anna Mätzener).

Die Schweizer Demokratie Stiftung setzt sich zusammen mit dem Stiftungsfonds der Europäischen Demokratie Stiftung, den von ihr geförderten Projekten und in Kooperation mit Partnern für den Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie ein. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk der Bürgerbeteiligung, der Toleranz gegenüber Minderheiten sowie der Völkerverständigung.

Die Stiftung wird von einem fünfköpfigen Stiftungsrat geführt und von einem internationalen Beirat unterstützt. Die Geschäftsstelle befindet sich in Luzern/Schweiz.

**Dem Stiftungsrat gehören an:**

Adrian Schmid, Luzern/Schweiz (Präsident)  
Stefanie Bosshard, Bern/Schweiz (Geschäftsführerin ab dem 1.1.2022)  
Bruno Kaufmann, Arboga/Schweden  
Daniel Schily, Bonn/Deutschland  
Andreas Zivy, Binningen/Schweiz

[swissdemocracy.foundation](http://swissdemocracy.foundation)

## **DEMOKRATIE: ES GIBT VIEL ZU TUN, PACKEN WIR ES AN!**

Das Thema dieses Ersten Internationalen Demokratie Forums haben wir nicht gewählt. Es wurde uns gegeben. «Nach der Pandemie – welche Demokratie?» ist ein Steilpass für einen Austausch zu den Erfahrungen der letzten zwei Jahre, zu den Lehren daraus für die Demokratieentwicklung und für die Erarbeitung eines Zehnpunkte-Programmes zum Schutz und Stärkung von Freiheit, Menschenrechten und Mitverantwortung.

Mit dieser vorliegenden Dokumentation wollen wir uns auf die gemeinsamen, spannenden und ermutigende Stunden in Zofingen einstimmen und vorbereiten. Es kommen Persönlichkeiten zu Wort, die uns am Internationalen Forum mit ihren Kompetenzen, Ideen und Vorschlägen inspirieren und herausfordern werden. Wie Sie dem Programm des Forums entnehmen können, erwartet uns ein intensiver Austausch. Nach langen Monaten der Distanz im virtuellen Raum freuen wir uns ausserordentlich auf diese Veranstaltung vor Ort, die uns viele Chancen zum persönlichen Austausch bietet.

Neben den klassischen Formaten der Keynote-vorträge, Podiumsdiskussionen und Impuls-

referate kommen am Forum auch innovative methodische Ansätze wie Menti-Abstimmungen, Wort-Wolken, World Cafés und Oxford-Debatte zur Anwendung. Mit Hilfe auch dieser Instrumente wollen wir herausfinden, wie skeptisch bzw. zuversichtlich wir der Zukunft der Demokratie gegenüber stehen – und welches die wichtigsten Reformen und Schritte sind, die wir nun in Angriff nehmen wollen.

Mit anderen Worten: Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

**Herzlich willkommen zum Ersten Internationalen Forum der Schweizer Demokratie Stiftung in Zofingen.**

Luzern, September 2021

# PROGRAMM

## INTERNATIONALES FORUM ZOFINGEN – NACH DER PANDEMIE, WELCHE DEMOKRATIE?

### FREITAG, 24. SEPTEMBER 2021 – ÖFFENTLICHE ABENDVERANSTALTUNG

16.30 Uhr Türöffnung, Eingangskontrolle und Registrierung  
**Bitte beachten:** Zutritt nur mit gültigem Covid-Zertifikat! (Siehe auch Seite 4)

17.30 Uhr Begrüssung und Einführung  
– **Daniel Schily**, Stiftungsrat und Unternehmer (DE)  
– **Stefanie Bosshard**, designierte Geschäftsführerin und Abendleitung



17.45 Uhr Grusswort des Aargauer Landstatthalters **Alex Hürzeler**



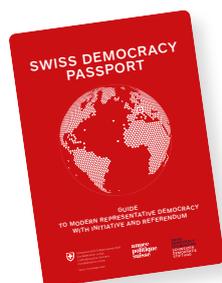
18.00 Uhr Podiumsdiskussion

Die Demokratie im Coronatest und die Bedeutung der Meinungsfreiheit  
– **Nadja Binder Braun**, Rechtswissenschaftlerin, Universität Basel  
– **Yascha Mounk**, Politikwissenschaftler, Harvard University (US)  
– **Estefania Cuero**, Diversity Beraterin, Luzern  
– **Sanija Ameti**, Kampagnenleiterin, Operation Libero

Moderation: **Larissa M. Bieler**, Chefredaktorin/Direktorin, SWI swissinfo.ch



Anschliessend Apéro Riche  
Grusswort von Stadtammann **Hans-Ruedi Hottiger**, Zofingen



Der «Swiss Democracy Passport» bietet einen Leitfaden zum Zusammenspiel zwischen direkter und indirekter Demokratie in der Schweiz. Er beinhaltet viele Fakten zur Praxis der Volksrechte. Alle Teilnehmenden des Internationalen Demokratie Forums in Zofingen erhalten kostenlos ein druckfrisches Exemplar des neuen Demokratiepases.

Das Internationale Demokratie Forum in Zofingen ist eine Veranstaltung der Schweizer Demokratie Stiftung mit Sitz in Luzern: [swissdemocracy.foundation](https://www.swissdemocracy.foundation). Design und Layout: [agentur.ch](https://www.agentur.ch). Druck: [varicolor.ch](https://www.varicolor.ch). Bildrechte bei den gezeigten Personen resp. Ihren Organisationen mit Ausnahme von: @Steffen Jänicke (Yascha Mounk); ©Kanton Aargau. Foto: [dominik golob photography](https://www.dominikgolob.com) (Alex Hürzeler); @David Bächtold (Anna Mätzener). Dieses Programm entspricht dem Stand vom 13.9.2021. Spätere Änderungen sind möglich.

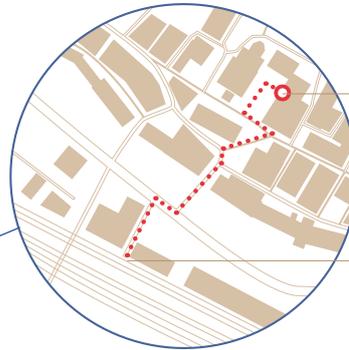
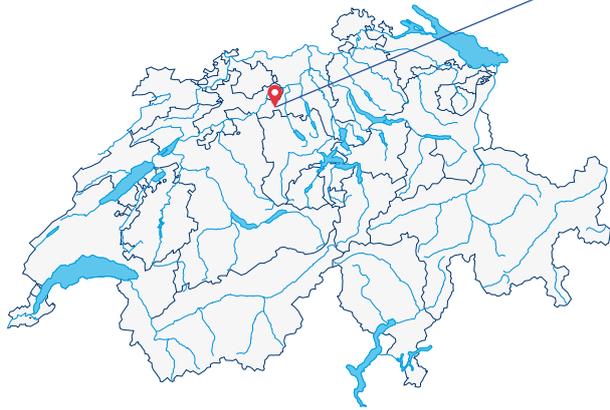
# PROGRAMM

## INTERNATIONALES FORUM ZOFINGEN – NACH DER PANDEMIE, WELCHE DEMOKRATIE?

### SAMSTAG, 25. SEPTEMBER 2021 – FACHTAGUNG

|           |  |  |
|-----------|--|--|
| 8.30 Uhr  | Einleitung<br><br>– <b>Andy Zivy</b> , Stiftungsrat und Unternehmer<br>– <b>Bruno Kaufmann</b> , Stiftungsrat und Tagesleitung (SE)  |    |
| 8.45 Uhr  | Keynote zu den wichtigsten demokratiepolitischen Corona-Lehren für die Schweiz und Europa.<br>– <b>Roger de Weck</b> , Publizist und Autor («Die Kraft der Demokratie»)  |   |
| 9.15 Uhr  | Q&A  |  |
| 9.30 Uhr  | Kaffeepause  |  |
| 10.00 Uhr | Schweiz und Ungarn – die Demokratiefrage in zwei Kleinstaaten in Mitteleuropa im Vergleich. Einblicke und Ausblicke.<br><br><b>Zoltán Tibor Pállinger</b> , Rektor der Budapester Andrassy Universität (HU) und vormaliger Mitarbeiter der Schweizer Bundeskanzlei.  |   |
| 10.15 Uhr | Fünfminütige Impulsreferate aus verschiedenen Perspektiven zu den Erfahrungen und Lehren aus der Coronakrise<br>– <b>Martina Mousson</b> , Projektleiterin, GFS Bern<br>– <b>Lukas Rühli</b> , Forschungsleiter Smart Government, Avenir Suisse<br>– <b>Anna Mätzener</b> , Leiterin AlgorithmWatch Schweiz<br>– <b>Andreas Glaser</b> , Professor, Zentrum für Demokratie, Aarau<br>– <b>Nadja Binder Braun</b> , Professorin, Universität Basel<br>– <b>Matt Qvortrup</b> , Professor, Coventry Universität (GB) |       |
| 11 Uhr    | Einstieg in die zwei Runden inhaltlicher Arbeit in sechs Gruppen<br>– <b>Vanessa Warncke</b> und <b>Corinna Rutschi</b> , Unchain Your Mind  |    |
| 11.15 Uhr | Erste Runde  |  |
| 12.15 Uhr | Mittagessen  |  |
| 13.45 Uhr | Zweite Runde   |  |
| 14.45 Uhr | Kaffeepause  |  |
| 15.15 Uhr | Keynote zur Zukunft der Demokratie nach der Pandemie<br>– <b>Yascha Mounk</b> , Politikwissenschaftler und Autor («Der Zerfall der Demokratie»)  |   |
| 15.45 Uhr | Q&A  |  |
| 16.00 Uhr | Abschliessende Debatte zum Thema «Nach der Pandemie – die Demokratiefrage zwischen Pessimismus und Optimismus».<br>Moderation: <b>Vanessa Warncke</b> und <b>Corinna Rutschi</b> , Unchain Your Mind   |  |
| 17.00 Uhr | Abschluss und Ausblick<br><b>Adrian Schmid</b> , Präsident des Stiftungsrates  |   |

## LAGEPLAN



Tagungsort:  
Hotel Zofingen,  
Kirchplatz 30  
4800 Zofingen

Bahnhof Zofingen

 5 Min. / 200 Meter



## PRAKTISCHE INFORMATIONEN

### 1. Covid-19 Schutzkonzept / Wichtige Hinweise

Gemäss den Vorgaben des Bundes ist für die Teilnahme am Internationalen Demokratie Forum ein Covid-Zertifikat erforderlich. Dieses ist bei der Registrierung am Freitag ab 16.00 Uhr als Papierdokument oder in digitaler Form zur Prüfung einmalig vorzulegen. Wer über kein entsprechende Zertifikat verfügt, ist gebeten sich vorgängig testen zu lassen und das Dokument vorzulegen. Die Testmöglichkeiten in Zofingen sind sehr limitiert. Kurzfristig kann allenfalls ein Antigen-Schnelltest im Spital Zofingen gemacht werden. Dafür muss jedoch vorgängig ein Termin online reserviert werden unter [www.spitalzofingen.ch/aktuell/news/details/coronatest-online-anmeldung.html](http://www.spitalzofingen.ch/aktuell/news/details/coronatest-online-anmeldung.html).

Ohne gültiges Covid-Zertifikat, das von den Veranstaltern elektronisch (COVID Certificate Check App) überprüft werden kann, ist eine Teilnahme am Forum leider nicht möglich. Am Forum gelten darüber hinaus jedoch keine weiteren Einschränkungen, also auch keine Maskenpflicht.

### 2. Anreise/Veranstaltungsort

Das Internationale Demokratie Forum findet im Konferenzzentrum des Hotel Zofingen, Kirchplatz 30 in Zofingen AG – fünf Minuten vom Bahnhof entfernt - statt. Für die Anreise empfehlen wir die Bahn mit Direktzügen aus vier Richtungen (Basel, Genf-Bern, Lugano-Luzern, Zürich-Lenzburg). Parkplätze stehen auf dem Niklaus-Thut-Platz gleich neben dem Hotel zur Verfügung.

### 3. Tagungssprache

Hochdeutsch. Fragen können aber auch auf Französisch, Italienisch oder Englisch gestellt werden.

### 4. Teilnahme

Das Forum ist öffentlich und kann auch von Medienvertreterinnen und Medienvertretern besucht werden (Foto-, Video- und Audioaufnahmen). Jedoch ist wegen der beschränkten Platzzahl eine vorgängige und verbindliche Anmeldung erforderlich: [anmeldungFORUM21@swissdemocracy.foundation](mailto:anmeldungFORUM21@swissdemocracy.foundation)

### 5. Dokumentation und Arbeitsformen

Vorgängig zur Tagung erhalten alle angemeldeten Teilnehmenden elektronisch eine Dokumentation mit vertiefenden Materialien zugestellt. Neben Vorträgen werden am Forum auch Diskussionen in Kleingruppen, elektronische Umfragen und Schlussabstimmungen durchgeführt. Die Mitnahme eines Smartphones oder einer anderen Plattform mit Internetzugang wird deshalb allen Teilnehmenden des Forums sehr empfohlen.

### 6. Weitere Informationen

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite [swissdemocracy.foundation](http://swissdemocracy.foundation) sowie unter Telefon +41 76 342 39 51 oder via Email bei [adrian.schmid@swissdemocracy.foundation](mailto:adrian.schmid@swissdemocracy.foundation).



## NADJA BRAUN BINDER: KÜNFTIGE ABSTIMMUNGSVERSCHIEBUNGEN BRAUCHEN GESETZLICHE GRUNDLAGE

Die Pandemie konfrontierte die Praxis der Volksrechte mit einer neuen Situation. Die Verschiebung einer Volksabstimmung passierte teilweise ohne gesetzliche Grundlage. Zudem gilt es, den künftigen Rahmen der Digitalisierung der Meinungsbildung, Unterschriftensammlung und des Abstimmens abzustecken und so die Meinungsfreiheit zu stärken.

### ZUR PERSON:

Nadja Braun Binder ist Professorin für Öffentliches Recht an der Universität Basel. Ihre Forschungsgebiete sind unter anderem die direkte Demo-

kratie in der Schweiz und in Europa sowie Rechtsfragen rund um die Digitalisierung in Staat und Verwaltung.

Mit der Unterstützung von

## ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Im Frühjahr 2020 zeitigte die COVID-19-Pandemie unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen in der Schweiz. Parlamente brachen Sessionen ab, Regierungen tagten nurmehr im Krisenmodus, Volksabstimmungen wurden verschoben und Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen und Referenden waren phasenweise nicht mehr zulässig.

Ganz konkret wurde auf Bundesebene in der Phase des ersten Shutdowns (16. März 2020 bis 26. April 2020) die ursprünglich auf den 17. Mai 2020 angesetzte Volksabstimmung verschoben. Am 18. März 2020 hatte der Bundesrat beschlossen, auf die Durchführung dieser Volksabstimmung zu verzichten. Am 29. April 2020 verkündete der Bundesrat, dass über die drei für Mai vorgesehenen Abstimmungsvorlagen, zusammen mit zwei weiteren Vorlagen, am 27. September 2020 abgestimmt werden sollte.

Gestützt auf die Verordnung vom 20. März 2020 über den Fristenstillstand bei eidgenössischen Volksbegehren (AS 2020 847) standen zudem die Sammelfristen bei Volksinitiativen und fakultativen Referenden sowie die behördlichen Behandlungsfristen bei Volksinitiativen während der Geltungsdauer der Verordnung (21. März 2020 bis 31. Mai 2020) still.

Als die Unterschriftensammlungen wieder möglich wurden, waren sie durch die geltenden Hygiene- und Distanzregeln stark erschwert. In einem offenen Brief an die damalige Bundesprä-

sidentin Simonetta Sommaruga wurden deshalb hauptsächlich aus zivilgesellschaftlichen Kreisen verschiedene Forderungen laut (siehe [www.demokratie.ch/blog/offener-brief-an-bundesprasidentin-simonetta-sommaruga-covid-19-bedroht](http://www.demokratie.ch/blog/offener-brief-an-bundesprasidentin-simonetta-sommaruga-covid-19-bedroht)). Der Ruf nach der Ermöglichung elektronischer Unterzeichnungen bzw. der Einführung von Pilotversuchen mit e-Collecting wurde nicht erhört, aber die Forderung nach einer Bescheinigung von Unterschriftenlisten nach deren Einreichung wurde aufgenommen. Art. 2 des Covid-19-Gesetzes vom 25. September 2020 (SR 818.102) regelte, dass der Bundesrat zur Unterstützung der Ausübung der politischen Rechte vorsehen konnte, dass Referendumsbegehren mit der nötigen Anzahl Unterschriften, jedoch auch ohne Stimmrechtsbescheinigung innerhalb der Referendumsfrist bei der Bundeskanzlei eingereicht werden können.

Die Bundeskanzlei hatte diesfalls die notwendigen Bescheinigungen bei den Kantonen einzuholen. Später wurde diese Bestimmung auf Volksinitiativen ausgeweitet.

So können die Unterschriften für Volksinitiativen und fakultative Referenden aktuell bei der Bundeskanzlei auch ohne Stimmrechtsbescheinigung eingereicht werden. Die entsprechende Verordnung (Covid-19-Verordnung Stimmrechtsbescheinigung, SR 161.147) gilt noch bis 21. Dezember 2021.

## WAS HABEN WIR GELERNT?

Aus den Erfahrungen folgen zwei grundsätzliche Erkenntnisse. Zum einen hatte die Schweiz mit Blick auf die Ausübung der politischen Rechte

mit Situationen zu tun, die so vom Gesetzgeber nicht bedacht worden waren. Es hat sich insbesondere gezeigt, dass die Verschiebung einer Volksabstimmung vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Die entsprechende Gesetzeslücke ist aus Gründen der Rechtssicherheit zu schliessen.

Die zweite Erkenntnis bezieht sich auf die Bedeutung der Digitalisierung für die Ausübung der politischen Rechte. Zum einen wurden Diskussionen um deren elektronische Ausübung (Stichwort e-Voting, e-Collecting) erneut angestossen. Zum anderen rückten die Frage der Meinungsbildung über soziale Medien bzw. im digitalen Raum und die Frage des Umgangs mit Phänomenen wie «fake news» oder einseitiger Information verstärkt in den Fokus. Obwohl es sich dabei nicht um gänzlich neue Fragen handelt, trägt die Covid-19-Situation dazu bei, dass der Regulierungsbedarf der digitalen Meinungsbildung in der Schweiz verstärkt diskutiert wird.

#### **VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT AN DER DEMOKRATIE:**

##### Handlungsfeld 1: Gesetzliche Grundlage für die Verschiebung von Volksabstimmungen

Braun Binder/Glaser 2021:

«Die durch Art. 34 Abs. 1 BV garantierte Ausübung der politischen Rechte und die in Art. 34 Abs. 2 BV verankerte Wahl- und Abstimmungsfreiheit stehen grundsätzlich in einer sich bedingenden Wechselbeziehung. Volkswahlen und Volksabstimmungen entfalten ihre Legitimationswir-

kung erst vollständig, wenn sie Ausfluss eines einwandfreien Willensbildungsverfahrens sind. Leidet das Verfahren im Vorfeld einer Wahl oder Volksabstimmung, führt dies aber gemäss der Rechtsprechung des Bundesgerichts nur unter engen Voraussetzungen zu einer nachträglichen Aufhebung des Resultats einer Volksabstimmung. Im Interesse der Ausübung der politischen Rechte werden also bei einer nachträglichen Betrachtung gewisse Abstriche an der Vollkommenheit des Verfahrens hingenommen. Dies muss erst recht bei einer präventiven Einschränkung der Ausübung der politischen Rechte gelten. Beeinträchtigungen der Wahl- und Abstimmungsfreiheit aufgrund äusserer Umstände sind daher nur in sehr schwerwiegenden Fällen geeignet, um die Verschiebung einer Volkswahl oder Volksabstimmung zu rechtfertigen. (...)

Die Zielrichtung zulässiger Gründe für Verschiebungen bereits einmal terminlich angesetzter Volksabstimmungen durch die Exekutive sollte im einschlägigen Erlass über die politischen Rechte umschrieben werden. Dieser könnte eine Verschiebung etwa für den Fall vorsehen, dass aufgrund tatsächlicher Umstände die Durchführung der Volksabstimmung, wie beispielsweise die Stimmabgabe oder die Auszählung der Stimmen, erheblich erschwert oder die Willensbildung seitens der Stimmberechtigten in schwerwiegender Weise beeinträchtigt ist.»

##### Handlungsfeld 2: Vorerst KEIN Regulierungsbedarf der digitalen Meinungsbildung im Vorfeld von Volksabstimmungen

Bieri /Weber/Braun Binder /Salerno/Keller/  
Kälin 2021, S. 155 f.:

«Zur Meinungsbildung im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen stehen verschiedene etablierte Informationskanäle zur Verfügung, die rege genutzt werden. Dazu zählen an prominenter Stelle behördliche Informationen (z. B. die offiziellen Abstimmungserläuterungen), die sachlich, ausgewogen, transparent und verhältnismässig sein müssen. Soziale Medien spielen dagegen eine untergeordnete Rolle im Rahmen der Meinungsbildung im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen. (...). Während den neuen Informationsintermediären eine bedeutende Rolle im Rahmen der allgemeinen Informationsvermittlung zugesprochen wird, gilt dies gerade nicht für die Meinungsbildung im Vorfeld von Wahlen und Volksabstimmungen.

Hinzu kommt, dass Behörden insbesondere im Vorfeld von Volksabstimmungen über konkrete Möglichkeiten zur Richtigstellung irreführender Informationen verfügen und in extremen Fällen gar zur Intervention verpflichtet sein können. (...)

Während aus der Gewährleistungspflicht des Staates hinsichtlich der Wahl- und Abstimmungs-freiheit somit Informationsaufgaben und Inter-ventionspflichten im Einzelfall folgen, kommen im Rahmen der Gewährleistungspflichten, die dem Staat aufgrund der Kommunikationsgrundrechte erwachsen, in erster Linie Regulierungsmassnahmen infrage. Weniger weitgehende, auf den Einzelfall ausgerichtete Massnahmen sind dagegen meist nicht praktikabel. Regulierungsmassnahmen hinsichtlich der allgemeinen Informations-

und Kommunikationstätigkeit in den sozialen Medien mögen mithin als verhältnismässig eingestuft werden. Auf die Wahl- und Abstimmungs-freiheit können sie sich dabei allerdings nicht stützen. Im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen besteht gerade keine erhöhte Rechtfertigung von Regulierungsmassnahmen. (...) Mit Blick auf die Wahl- und Abstimmungs-freiheit geht es deshalb nicht darum, die Informationstätigkeit Privater einzuschränken, sondern um die Betonung der Möglichkeiten, allfälligen Falschinformationen und Verzerrungen mit korrekter Information zu begegnen.»

---

#### TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Braun Binder, Nadja/Glaser, Andreas, Die Verschiebung von Volkswahlen und Volksabstimmungen. Eine Analyse ausgehend von Erfahrungen im Zuge der Coronapandemie, ZBI 2021 (im Erscheinen)

Bieri, Urs/Weber, Edward/Braun Binder, Nadja/Salerno, Sébastien/Keller, Tobias/Kälin, Manuela, Digitalisierung der Schweizer Demokratie. Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem, TA-SWISS Publikationsreihe: TA 75/2021, Zürich 2021. Online unter: <https://vdf.ch/publikationen/digitalisierung-der-schweizer-demokratie.html>



## YASHA MOUNK: DIE POPULISTEN ZAHLEN JETZT EINEN PREIS

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Fachkenntnis, gutes Regieren und Kompetenz zählen, wenn es darum geht, Menschenleben retten. Das hilft den gemässigten politischen Kräften. Im Unterschied dazu haben es zahlreiche Populisten, die mit riesigen Versprechungen angetreten waren, nicht geschafft, ihre Bevölkerung gegen diese furchtbare Pandemie zu schützen.

### ZUR PERSON:

Mounk ist Associate Professor of Practice of International Affairs an der Johns Hopkins University und Senior Fellow am Agora Institute. Mounk lehrte zuvor über Politische Theorie am Government Department der Harvard University. Er erhielt seinen BA in Geschichte vom Trinity College in Cambridge und seinen Dokortitel in Regierung von der Harvard University.

Am Internationalen Forum freut er sich auf interessante Gedanken, interessante Gespräche, tolle Vorträge, tolle Diskussionen.

«Aber das Wichtigste bei solchen Zusammenkünften ist es für mich immer die Möglichkeit zu haben, jemanden anzusprechen und zu sagen: Hallo, du hast was Interessantes gesagt.»

Mit der Unterstützung von

Vor fünf Jahren, als wir uns bei einem Podium in Berlin sahen, hat Sie die Moderatorin gefragt, wohin Sie am liebsten eine Zeitreise antreten würden, vielleicht 50 Jahre zurück – oder ins Jahre 2100. Sie haben dann geantwortet: 2021! Hier stehen wir jetzt und ich möchte Sie fragen, was hat Sie so neugierig gemacht auf dieses Jahr?

Hm, interessante Frage. Also ich denke, 2016 war das Jahr der Desorientierung. Ich hatte schon seit längerer Zeit befürchtet, dass unsere Demokratien weniger stabil sind, als viele Menschen sich das vorstellten. Dass Politiker und Kandidaten, die damals als extremistische Randfiguren galten, durchaus auch richtige Macht erobern könnten. Und die Frage war dann: Wie schlimm und wie brenzlich wird es? Werden diese Figuren, so wie es damals viele sagten, sofort ausbrennen? Es überhaupt nicht schaffen, wirklich Macht auszuüben? Die Realität kaum verändern? Oder werden sie vielleicht überall an die Macht kommen und die Demokratie wirklich aushebeln?

Und jetzt 2021 haben wir ein bisschen mehr Informationen dazu. Einige davon sind beruhigend, andere davon sind beunruhigend. Wir sehen in Ländern wie Ungarn, auch in Indien, dass die Demokratie durch diese Politiker wirklich in fundamentale Gefahr kommen kann. Wir sehen aber auch in Fällen wie den USA, dass es durchaus möglich sein kann, gegen sie anzukämpfen und sie daran zu hindern, das volle Machtgefüge in den eigenen Händen zu konzentrieren. Also insofern wissen wir ein bisschen mehr über die Parameter dieser Gefahr. Aber wir wissen immer noch nicht, wie die Reise ausgeht.

Insofern wäre es jetzt vielleicht spannender, sich ins Jahr 2031 zu versetzen...

... aber wir sind jetzt im Jahre 2021 und was wir ja damals nicht voraussehen konnte, ist die Pandemie. Was diese doch sehr globale Erfahrung mit uns angestellt?

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Fachkenntnis, gutes Regieren und Kompetenz zählen, wenn es darum geht, Menschenleben retten. Das hilft den moderateren politischen Kräften. Im Unterschied dazu haben es zahlreiche Populisten, die mit riesigen Versprechungen angetreten waren, es eben nicht geschafft, ihre Bevölkerung gegen diese furchtbare Pandemie zu schützen. Dafür müssen nun manche einen politischen Preis bezahlen.

Hat sich also die Demokratie als Regierungsform in dieser Krise bewährt?

Jein. Wir haben vielmehr erlebt, wie schwer sich gerade auch Demokratien tun, grosse Herausforderungen wie die Pandemie anzugehen. In vielen Ländern hat der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten 18 Monaten doch sehr gelitten, in anderen jedoch ist er gestärkt worden. Übers Ganze gesehen haben aber viele demokratische Länder längst nicht so gut abgeschnitten, wie ich mir dies erhofft hatte.

Sie leben in den USA und haben sich dort in den letzten Jahren stark für demokratische Antworten auf die populistischen Angriffe engagiert. Bei den Wahlen vom November 2020 wurde Donald Trump abgewählt. Was ist davon zu halten?

Trump hat zum Glück die Wahlen 2020 verloren und er hat es nicht geschafft, das Land nach seinem Bild umzukrempeln. Und doch hat er in einer Hinsicht gewonnen, denn das Land ist heute noch tiefer gespalten, als es vor seiner Wahl war. Jedes Thema wird noch stärker zweidimensional diskutiert, dass man entweder die Position der Demokraten oder die Position der Republikaner einnimmt. Der Hass auch in meinen sozialen, gesellschaftlichen Zirkeln auf all diejenigen, die auf der anderen Seite stehen, ist noch stärker. Und mittel- und langfristig wird das Rechtspopulisten wie Trump weiterhin riesige Gelegenheiten bieten. Insofern mache ich mir Sorge darüber, was in den USA 2024, 2028, 2032 passieren könnte.

Ich Sorge mich zudem darum, dass ein cleverer, disziplinierterer Nachfolger von Donald Trump auf andere Weise das Land prägen könnte. Und mit Bezug auf die Schweiz oder andere europäische Länder sagt es mir, wie wichtig es ist, in einer Gesellschaft der Polarisierung entgegenzuwirken. Da stehen wir hier in Europa noch vergleichsweise gut da, wie auch der aktuelle Wahlkampf in Deutschland wieder deutlich gemacht hat. Gegenseitiger Respekt ist noch immer ein Wert, der in Europa etwas bedeutet.

In den USA und auch hier in Europa ist in diesem Jahr sehr viel über die Bedeutung der Meinungsfreiheit gesprochen worden. Alt-Vize-präsident Mike Pence sagte kürzlich bei einem Auftritt in Interlaken, dass in der USA eben noch jeder sagen könne, was er wolle, zum Beispiel, dass die Wahlen im letzten Herbst manipuliert worden seien.

Welche Rolle spielt die Meinungsfreiheit in unserer Demokratie?

Sie ist Teil der Lösung. Die Meinungsfreiheit war noch nie so wichtig wie heute, gerade weil wir Menschen nicht nur immer sinnvolles Zeug reden. Und das ist nicht etwas Neues: schon immer haben Menschen furchtbaren Blödsinn verzapft und Hassreden geschwungen. Aber es gibt und darf keine einzelne Institution geben, auf die wir uns verlassen können oder die bestimmt, was eine akzeptable Meinung ist.

Wir haben gerade in den USA in den letzten 15 Monaten wieder einmal erlebt, was es bedeutet, wenn gewisse Diskurse ausgeschlossen, «gecanceled» werden. Das betrifft zum Beispiel die Frage nach dem Ursprung dieser Pandemie.

Die Vorstellung, dass es eine neutrale Körperschaft geben könnte, die ohne Eigeninteresse, ohne Fehler, ohne Scheuklappen feststellt, welche Meinungsäußerungen einen positiven Beitrag darstellen und welche unbedingt verhindert werden müssen, halte ich für gefährlich und illusorisch.

In Ihrem Buch «Der Zerfall der Demokratie» gehen Sie auf die umstrittene Rolle Sozialer Medien in der Demokratie ein. Können diese auch ein Teil der Lösung sein?

Soziale Medien sind ja zunächst einmal ein neutrales Medium. Sie erlauben im Prinzip allen, ihre Meinung zu äussern und zu verbreiten. Entscheidend ist deshalb unser eigenes Verhalten. Es

hängt davon ab, was wir in den sozialen Medien sagen. Ob wir bei sozialen Medien mitmachen, die nur versuchen zu provozieren und Ärger zu schüren. Und es hängt vor allem davon ab, ob Entscheidungsträger sich von scheinbaren Mehrheiten in den sozialen Medien beeinflussen lassen.

Eine meiner grossen Sorgen in diesen Jahren ist gewesen, dass die Leiter von wichtigen gesellschaftlichen und politischen Institutionen umgeknickt sind. Wenn ein paar Dutzend Leute auf Twitter einen Shitstorm veranstaltet haben und diese Menschen waren oft überhaupt nicht repräsentativ für die öffentliche Meinung und für die Meinung der Nutzer dieser Institutionen. Und das ist für mich die grösste Gefahr der sozialen Medien. Die wird aber nicht in den sozialen Medien verändert werden, sondern in der Denkweise derjenigen, die in unserer Gesellschaft Verantwortung übernehmen.

Und was ist von den Regulierungsbestrebungen mancher Staaten zu halten?

Wir brauchen eine Regulierung der grossen Tech-Firmen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie ordentlich Steuern zahlen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie keine Monopole geniessen, dass sie ihre Macht nicht ungerecht ausnützen. Was die Regulierung des Inhalts der sozialen Medien angeht, bin ich sehr skeptisch, dass das die richtige Aufgabe der Regierung wäre. Das fängt damit an, dass wir immer so tun, als ob die Regierung in der Hand der Guten sein wird. Aber wie wir in den letzten Jahren gelernt haben, ist sie oft nicht in der Hand der besonders Guten. Und wir sollten

uns Fragen stellen, wie viele Waffen wir diesen Regierungen in die Hand geben wollen. Ich glaube nicht, dass wir es heutzutage schaffen können, Meinungen wirklich aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Solche Verbote macht einzig und alleine die Rechtspopulisten stärker.

In Ihrem Buch empfehlen Sie stattdessen eine Stärkung des Glaubens an die Demokratie. Das klingt ja schon ein bisschen religiös.

In einer Gesellschaft benötigen wir einen Grundkonsens über die grundsätzlichen Regeln, die unser Leben gestalten. Diese Regeln müssen natürlich so sein, dass sie jedem Einzelnen sehr viel Freiheit überlassen so zu leben, wie er oder sie möchte. Aber natürlich muss es Regeln geben, die zum Beispiel dafür sorgen, dass ich nicht jemanden bedrohen oder verletzen kann, weil mir nicht gefällt, mit wem er oder sie schläft. Und ich denke, diese Grundregeln unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft haben wir in den letzten Jahren zu oft einfach vorausgesetzt.

Stattdessen brauchen wir eine Erneuerung unseres Vertrauens in die demokratischen Institutionen. Eine Erneuerung unseres Verständnisses dafür, warum diese für ein friedliches Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft so wichtig sind. Das muss nicht religiös sein, denn bei der Religion ist es ja ein grundsätzliches Element, dass man den Glauben vor das Argument und das Wissen stellt. Gleichzeitig ist es schon hilfreich, wenn wir zu den grundsätzlichen Regeln der liberalen Demokratie nicht nur ein rationales, sondern auch ein emotionales Verhältnis haben.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme am Internationalen Demokratieforum in Zofingen. Was erwarten Sie von diesem Austausch in der Schweiz?

Zunächst einmal interessante Gedanken, interessante Gespräche, tolle Vorträge, tolle Diskussionen. Aber das Wichtigste bei solchen Zusammenkünften ist es für mich immer die Möglichkeit zu haben, jemanden anzusprechen und zu sagen: Hallo, du hast was Interessantes gesagt. Auf dem Podium oder beim Mittagessen oder während wir gerade in der Schlange standen. Lass uns darüber mal weiterreden. Und dann kommt man plötzlich mit jemandem anders ins Gespräch. Tauscht sich anders aus. Verknüpft sich auf eine andere Weise. Hat vielleicht Ideen für gemeinsame Aktionen oder Texte oder Organisationen. All diese informellen Weisen, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich kennenzulernen, es zu ermöglichen, miteinander zu kooperieren. Die haben in den letzten beiden Jahren doch sehr gefehlt – und deshalb freue mich nun besonders fest auf das Zofinger Forum.



## SANIJA AMETI:

### PANDEMIE ERHÖHT PREIS FÜR DIE NUTZUNG DER VOLKSRECHTE

Algorithmen der sozialen Netzwerke sind so eingestellt, dass extreme und exzentrische Inhalte mehr Sichtbarkeit erhalten. Das wissen auch jene wie ich, welche Abstimmungskampagnen führen und sie kommunizieren. Das führt verstärkt zu kompromisslosen Auseinandersetzungen und gespaltenen Lagern

#### ZUR PERSON:

Sanija Ameti ist Vorstandsmitglied der Operation Libero, dissertiert als Juristin zum Thema Cybersecurity an der Universität Bern und bewirtschaftet gerne das Feld Sicherheitspolitik.

Die grösste Sicherheitsbedrohung für die Demokratie Schweiz sieht sie in einer gespaltenen Gesellschaft und findet, es ist höchste Zeit für das Internationale Demokratie Forum.

Mit der Unterstützung von

## ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Zwei Dinge möchte ich herausstreichen:  
Es fehlt an einer digitalen Alternative für  
Demokratie.

Während des «Lockdowns» hatten wir für alles eine digitale Alternative, auf die wir sofort umsteigen konnten – ausser für Initiativen und Referenden. Jene Volksrechte, die gerade unsere direkte Demokratie ausmachen, sind nach wie vor nur analog ausübbar: Demokratie bedeutet in der Schweiz immer noch, auf einem öffentlichen Platz Unterschriften zu sammeln. Wenn das öffentliche Leben stillsteht, die Fristen aber nicht, ist es schwierig, die nötigen Unterschriften zusammenzukriegen. Ohne die Plattform Wecollect hätten wir es beim PMT-Referendum [PMT = Bundesgesetz zur Bekämpfung von Terrorismus] nicht geschafft. Wir waren sowohl finanziell als auch ideologisch abhängig von deren Unterstützung. Aber auch auf Wecollect muss man sich den Bogen zunächst ausdrucken und per Post einsenden. Weil es nicht möglich war, auf der Strasse Unterschriften zu sammeln, ging etwa unser ganzes Referendumsbudget für das PMT in die Finanzierung der Postversände. Als uns zusätzlich bewusst wurde, dass sehr viele Bürger:innen gar keine Drucker zuhause haben, haben wir zusammen mit Parlamentarier:innen online den Aufruf «Drucken für die Demokratie» gestartet. Viele Freiwillige haben sich bereiterklärt, für diejenigen, die keinen Drucker haben, die Bögen zu drucken. Meine Erfahrung war insofern, dass das Ausüben der demokratischen Rechte primär eine Geld- und Glücksfrage ist.

Es gibt eine Spaltung der Gesellschaft und viele Falschinformationen auf Social Media.

Algorithmen der sozialen Netzwerke sind so eingestellt, dass extreme und exzentrische Inhalte mehr Sichtbarkeit erhalten. Das wissen auch jene wie ich, welche Abstimmungskampagnen führen und sie kommunizieren. Die letzten Abstimmungen im Juni etwa wurden zum grössten Teil auf Social Media diskutiert, wo genau dies zu beobachten war: Die Tonalität auf sozialen Netzwerken zu den Abstimmungsthemen, darunter etwa das CO<sub>2</sub>-Gesetz oder das PMT, führte zu kompromisslosen Auseinandersetzungen und schlussendlich zu gespaltenen Lagern. Auf physischen Podiumsdiskussionen hingegen habe ich die Diskussion grundsätzlich versöhnlicher erlebt. Ich vermute, weil in solchen Situationen die menschliche Nähe der Gegenseite spürbar ist, welche die Prämisse für Anstand und Einfühlungsvermögen zu sein scheint. Allerdings ist mir auch aufgefallen, wie die aggressive Tonalität aus Diskussionen mit Personen auf Social Media in die späteren physischen Diskussionen mit denselben Personen hineingetragen wurde. Die physische Diskussion war dann in etwa ähnlich frustrierend wie auf Social Media und die Lager weiterhin gespalten. Das sind jedenfalls keine rosigen Aussichten in einem demokratischen Land, dessen Funktionieren auf Konsens ausgerichtet ist.

## WAS HABEN WIR GELERNT?

Die Schweiz hat kein Verfassungsgericht – und das hat Folgen.

Die einzige Möglichkeit, parlamentarische Entscheide auf die Vereinbarkeit mit der Verfassung

zu überprüfen und allenfalls zu kippen, ist der Weg über das Referendum. Die Kosten für Referenden und Initiativen haben sich wegen der Pandemie etwa verdoppelt. Um diesem Problem zu entgegnen, brauchen wir die Möglichkeit der digitalen Unterschriftensammlung. Und wir müssen über die monetären Voraussetzungen sprechen, welche für die Ausübung der demokratischen Rechte verlangt werden. Angesichts der Bedeutung, welche etwa Referenden in einem Land ohne Verfassungsgericht haben, scheint mir dieser Aspekt besonders wichtig. Schliesslich übersteigen hierzulande die Kosten für ein Referendum die theoretischen Gerichtskosten um ein Vielfaches, würde man dasselbe vor einem Verfassungsgericht rügen.

Social Media hat einen enormen Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürger:innen, welches die Grundvoraussetzung für die Ausübung der demokratischen Rechte darstellt.

Während klassische Medien gewissen Standards und Regeln folgen, ist dies bei Social Media nicht der Fall. Aufgrund der gegenwärtigen Einstellung ihrer Algorithmen tragen Social-Media-Plattformen eine Mitverantwortung an den Spaltungstendenzen. Durch die Pandemie ausgelöst sehen wir das etwa sehr deutlich an der gegenwärtigen Impfsituation. Ich bekomme beispielsweise viele beleidigende Nachrichten, weil ich regelmässig über das Impfen poste und dazu aufrufe. Dass diese Aggression aus dem digitalen auch in die analoge Welt getragen wird, zeigen etwa der Vorfall mit Natalie Rickli oder mit Alain Berset während der Arena-Sendung.

#### VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:

Falschinformationen und Propaganda, welche darauf ausgerichtet sind, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen, gab es immer schon.

Mit Blick auf die Meinungsäusserungsfreiheit ist die Regulierung von Desinformation oder Missinformation ein schwieriges Unterfangen. Ich denke etwa nicht, dass Verhaltensregeln, ein Filtern oder eine Kategorisierung der Inhalte in «wahr» und «falsch» realistische Massnahmen sind.

Eine wirksame demokratierelevante Massnahme scheint mir aber die Regulierung der Algorithmen, mit welchen Social-Media-Anbieter operieren. Denn diese Algorithmen sind der eigentliche Katalysator für die Verbreitung bedenklicher Inhalte wie Verschwörungstheorien, indem sie künstlich gepusht werden. Wenn Social-Media-Betreiber sich entscheiden, solche Algorithmen einzusetzen, dann müssen sie auch Verantwortung übernehmen – oder eben auf deren Einsatz verzichten.

E-Collecting muss eingeführt werden.  
(Und das ist nicht dasselbe wie E-Voting.)

Es muss Transparenz in der Finanzierung von politischen Kampagnen und Parteien geschaffen werden.

Die Häufung von finanziellen Mitteln bei wenigen Akteuren untergräbt die Demokratie und führt zu einer Asymmetrie, in der es den weniger Vermögenden nicht mehr möglich ist, mit gleich langen Spiessen ihre demokratischen Rechte (und als Schweizer Bürger:innen gleichzeitig auch Pflichten) wahrzunehmen. So lassen sich Entscheide auf undemokratische Art beeinflussen, etwa über

Lobbying, teure Abstimmungskampagnen oder gar über gekaufte Medien. Diese demokratierelevante Massnahme wird in der Schweiz schon zu lange diskutiert, aber es wird nichts unternommen.

Einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken.

Die Ausgrenzung bestimmter Gruppen (bspw. Migrant:innen oder sogar Vertreter:innen extremer Positionen etc.) verhindert wird. In diesem Zusammenhang wäre die Stärkung der politischen Mitsprache als demokratierelevante Integrationsmassnahme zu verstehen. Konflikte könnten entschärft werden, wenn allen Interessengruppen die nötige politisch-moralische Anerkennung zuteil wird; d. h. ihre Standpunkte und ihre Interessen gehört und berücksichtigt werden. Die Hürden, sich etwa über ein Vernehmlassungsverfahren einzubringen, sind für den Normalbürger viel zu hoch. Es braucht niederschwelligere Möglichkeiten.

---

**TIPPS ZUM WEITERLESEN:**

Zum Thema Meinungsfreiheit:

<https://www.skmr.ch/de/themenbereiche/justiz/publikationen/broschuere-meinungsfreiheit-internet.html>



## ESTEFANIA CUERO: DAS VIRUS HAT ZU EINEM ERWACHEN GEFÜHRT

Wir haben jetzt, nachdem die Pandemie uns alle mit grossen Fragen konfrontiert hat, eine besondere Gelegenheit, unsere Gesellschaft inklusiver und gerechter zu gestalten. Das sollten wir als Beginn eines demokratischen Lernweges begreifen.

### ZUR PERSON:

Estefania Cuero ist Diversitätsberaterin und Doktorandin. Sie hat ihren Master «Menschenrechte und kulturelle Diversität» an der University of Essex absolviert und ist Mitglied der Jungen Akademie Schweiz. Als Diversity-Coach arbeitet sie mit verschiedenen Schweizer Hochschulen, nationalen und internationalen NGOs sowie Unternehmen zusammen.

«Es ist mein Eindruck, dass sich Institutionen, darunter für unsere Demokratie sehr entscheidende Institutionen, zunehmend mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung befassen und bereit sind in die Selbstkritik zu gehen. Das Internationale Demokratie Forum könnte Impulse für die Auseinandersetzung und eine Orientierung mitgeben. Bei der Frage «Wie geht es jetzt weiter?» kann aus der Pandemie Erlerntes einen Weg in die institutionellen Strukturen finden.»

Mit der Unterstützung von

## ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Die Pandemie hat das globale Erfolgsmodell Demokratie einem grossen Stresstest unterworfen – lokal, regional, national und international. Welche sind aus Deiner Sicht die bedeutendsten demokratierelevanten Erfahrungen und Entwicklungen?

Im besten Fall mehr Empathie, Solidarität und gesteigertes Bewusstsein für die eigenen Privilegien. Zumindest wäre das mein Wunsch. Ich werde nachher darauf eingehen, weshalb ich das für demokratierelevant halte: Auch sehr privilegierte Menschen haben erfahren, was es bedeutet, wenig bis keinen Zugang zu öffentlichen, institutionellen und sozialen sowie kulturellen Räumen zu haben. Sie haben vielleicht nicht erfahren, was es bedeutet, dies als eine Minderheit zu erleben, aber womöglich können sie jetzt besser nachvollziehen, wie wichtig es ist, Räume inklusiv zu gestalten.

Personen, die zum ersten Mal um ihren Arbeitsplatz oder ausreichenden Lohn fürchten mussten, können bestimmte Forderungen, die aus einem Sicherheitsbedürfnis hervorgehen, heute vielleicht besser verstehen als vor der Pandemie.

Ich kann mir gut vorstellen, dass viele Personen, die vorher Vorurteile gegenüber Menschen hatten, die therapeutische oder psychologische Begleitung in Anspruch nehmen, heute eine andere Perspektive einnehmen. Schliesslich wurde um uns herum empfohlen, von solchen Angeboten Gebrauch zu machen. Es wurde als legitim und empfehlenswert kommuniziert, sodass Patient:in-

nen womöglich seltener als «schwach» oder «unprofessionell» stigmatisiert werden. Dank Corona durften alle einmal «Schwäche» zeigen.

Personen ab einer gewissen Altersgruppe oder mit gewissen Vorerkrankungen haben vielleicht zum ersten Mal erlebt, wie es ist, wenn um sie herum ihr Überleben gegen «die Wirtschaft» abgewogen wird. Diesmal handelt(e) es sich nicht um die Leben unbekannter Menschen in der weiten Ferne, sondern um die Leben von Personen aus der Nachbarschaft.

Wir haben auch gesehen, dass es einen entscheidenden Unterschied macht, ob sich Personen einen Aussenbereich, Gegenstände für körperliche Betätigung, eine gute und stabile Internetverbindung oder Haustiere leisten können. Vielleicht hat die eine oder andere Person mehr als zuvor darüber nachgedacht, dass es wichtig ist, öffentlich zugängliche Orte im Freien zu haben, frei von profitorientierter Privatisierung, die zu Ausgrenzung führen kann.

### Wieso ist das demokratierelevant?

Empathie und ein Bewusstsein für die eigenen Privilegien können Personen und Gruppen in höheren Machtpositionen dazu bewegen, sich dialogbereit und solidarisch mit denen zu verhalten, an die sie nicht als Erstes denken, wenn sie von «Ihresgleichen» reden. Solidarität und Dialogbereitschaft gehören zu meinem Demokratieverständnis, denn sie sind ein wichtiger Ausgangspunkt für die Vertretung der Gesellschaft. Diese Vertretung muss inklusive derer stattfinden, die

nicht zur Mehrheit gehören oder Benachteiligung erfahren, beispielsweise weil sie kein Stimmrecht haben. Denn es ist nicht der Schweizer Pass, der darüber entscheidet, wer Teil der Gesellschaft ist. Das Bild der Schweizer Gesellschaft ist weitaus diverser.

Ich möchte hier als Beispiel das Burka-Verbot einbringen. Das war eine Mehrheitsentscheidung. Es war jedoch nicht die Mehrheit der Schweizer Gesellschaft. Dieser menschenrechtsverletzende Beschluss, der Menschen in Zeiten der Isolation noch weiter in die Isolation getrieben hat, ist ein trauriges Beispiel dafür, wie eine Demokratie bestehende Machtstrukturen inklusive Diskriminierungsmechanismen verfestigen kann. Es gab in dieser Debatte keine Begegnung auf Augenhöhe. Auf den Punkt gebracht halte ich es für möglich, dass uns die Pandemie-Erfahrung zu inklusiveren Denkweisen und der notwendigen Erarbeitung von Handlungsstrategien sowie zu der Umsetzung dieser bewegt. Ich hoffe, dass wir gelernt haben, dass wir in einer Demokratie als gemeinschaftlicher Lebensform immer wieder die eigene Haltung und das eigene Verhalten reflektieren müssen und uns dabei fragen, inwieweit Solidarität dabei mitgedacht wird. Für manche ist das nach all der Zeit vielleicht ein ermüdender Gedanke, aber diese kontinuierliche Reflektion war schon vor der Pandemie wichtig.

Das wird auch durch all die anderen Dinge bestätigt, die geschehen sind und auf Missstände zurück gehen, die schon vor der Pandemie vorlagen. Es ist nämlich mehr passiert als Empathie und

Unterstützung in der Nachbarschaft. Zu unseren Erfahrungen gehört auch verstärkter Antisemitismus — besonders im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien — und Rassismus, insbesondere gegenüber Personen, die als chinesisch bzw. südost-asiatisch gelesen werden.

Viele fühlen sich von der Regierung mehr bedroht als vom Virus selbst. Menschen sind verunsichert, verstehen vieles nicht, die Regelungen zur Eindämmung der Pandemie sind teilweise widersprüchlich. Und im Internet findet sich mit wenigen Klicks die angebliche Antwort auf alles. Einiges von der Kritik am Umgang mit der Pandemie oder gewisse Sorgen darüber, was uns allen verschwiegen werden könnte, lässt sich bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Das sage ich nicht, um judenfeindliche Bilder in Verschwörungstheorien zu entschuldigen, sondern möchte darauf hinaus, dass es dadurch schwierig ist, bei der eigenen Kritik zu bleiben und diesen feindlichen Bildern gegenüber bestimmten Menschen-gruppen entgegenzuwirken.

Verschiedene Meinungen zu akzeptieren ist nämlich das eine, das andere ist keinerlei Zivilcourage zu zeigen, auch oder insbesondere dann nicht, wenn es sich um Verwandte, Mitarbeiter:innen oder Freund:innen handelt.

Diese Stimmung des Misstrauens ist also eine zusätzliche Last für bestimmte marginalisierte Menschen und Gruppen in der Schweiz. Zivilcourage auf der zwischenmenschlichen Ebene ist nämlich nur ein Puzzleteil. Es wäre auf institutioneller Ebene

ne wichtig gewesen, im Rahmen der Pandemie-Eindämmung Veränderungen einzuleiten, die leider ausgeblieben sind. Zum Beispiel werden Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft, die in Luzern wirtschaftliche Sozialhilfe erhalten, dem Migrationsamt gemeldet. Schon in den Vorgesprächen werden sie entsprechend darüber informiert. Das ist sicherlich nicht nur in Luzern so. Meiner Meinung nach ist es schlichtweg falsch, dass diese Regelung ohne jede Form der Lockerung aufrechterhalten wurde und sich diese Personen davor fürchten mussten oder müssen, diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen.

Mehr Dialogbereitschaft und gelebte Solidarität wären also auf verschiedenen Ebenen des Miteinanders nötig gewesen. Wichtige Veränderungen in Richtung Diversität und Inklusion sind in der vergangenen Zeit mit der Begründung von Ressourcenknappheit jedoch ausgeblieben. Gleichzeitig habe ich über erhaltene Anfragen sehr direkt mitbekommen, dass es auch einige Institutionen gibt, bei denen Diversität und Inklusion trotz allen Umstellungen und Einschränkungen einen wichtigen Platz erhalten hat. Ich möchte also keineswegs abstreiten, dass es Empathie und Solidarität gegeben hat und weiterhin gibt, aber die Frage ist, mit wem und wie nachhaltig sie ist.

#### Was haben wir gelernt?

Wie bereits angesprochen finden wir im besten Fall ein erhöhtes Bewusstsein für die eigenen Privilegien und eine gesteigerte Empathie vor und zwar für Personen, für die bestimmte Einschränkungen kein Ausnahmezustand sind. Das sollten

wir als Beginn eines Lernweges sehen, denn wenn wir uns als demokratisch und sozial verstehen oder verstehen wollen, muss die «Herrschaft des Volkes» bedeuten, dass wir uns auf eine diskriminierungsarme und diversitätssensible Demokratie einigen und konkret darauf hinarbeiten.

Dabei können wir nicht auf das Erbarmen grossherziger Leute setzen, sondern müssen die menschenrechtliche Verpflichtung ernst- und wahrnehmen. Das darf also nicht von Launen abhängen, die nachher als gütig zelebriert werden. Ich rede hier von der praktischen Umsetzung aller Vorhaben, die schon längst vereinbart worden sind und die sich staatliche Institutionen, Unternehmen und Vereine, z. B. in ihren Leitbildern, selbst auf die Fahne schreiben. Es sollte selbstverständlich sein, dass wir nach dieser Pandemie tendenziell weniger an einer Homogenität festhalten, die weder existiert noch zukunftsgerichtet ist und stattdessen akzeptiert haben, dass wir besser zusammenarbeiten müssen. Das ist es wert, Energie zu investieren.

Wir haben auch gelernt, dass der Staat zum Schutz der Bevölkerung tief eingreifen und sogar Einfluss auf die private Lebensgestaltung nehmen kann. Das wird mit der Lebensbedrohlichkeit begründet. Ich würde mir wünschen, dass die Lebensbedrohlichkeit von Diskriminierung endlich anerkannt wird, damit wir auch dort mit einem Diskriminierungsschutz präventive und tiefgreifende Aufmerksamkeit erfahren. Diskriminierung tötet, auch wenn sie nicht «Alle» treffen kann, sondern «nur» die Benachteiligten. Ich bin weit- aus skeptischer gegenüber der Aussage «Diesen

Weg zum Diskriminierungsschutz einzuschlagen, kann der Staat/eine staatliche Institution nicht vorschreiben.» Ich glaube mehr denn je, dass es sehr gut möglich ist, von staatlicher Seite eine Sensibilisierung der Verwaltungsorgane und Leitungspersonen im Bildungsbereich, dem Gesundheitswesen oder der Polizei, etc. einzufordern. Das wäre für mich auch keine radikale Handlung, sondern ein Baustein in der Umsetzung der Menschenrechtsverpflichtungen.

#### **VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:**

Aus den genannten Gründen erachte ich die Auseinandersetzung mit Diversität als Prävention und Intervention von Diskriminierungsmechanismen als prioritär. Es ist absolut demokratierelevant, dass wir mit Unterschiedlichkeit und Vielfalt leben können und nicht versuchen dagegen zu halten, in dem wir Burkas verbieten und absolute Assimilation fordern, weil wir mit keinem anderen Weg vertraut sind.

Unabhängig davon, ob eine Person nun härter oder weniger hart von der Pandemie betroffen war oder ist, das Virus hat zu einem Erwachen geführt. Wir blicken anders auf die Gesellschaft und haben alternative Formen des Miteinanders kennengelernt, die als Optionen jetzt sehr viel präsenter sind (allein digitale Kommunikation). Nach diesem Erwachen möchten nicht alle zurück zu der Gesellschaft, in der wir zuvor gelebt haben, sondern zu einer «besseren». Ich bin nicht hier, um im Detail auszuführen wie diese konkret aussehen soll, erwarte aber von allen Personen, die diese bessere Gesellschaft nach der Pandemie denken wollen, dass sie soziale Gerechtigkeit als Leitmotiv

und oberste Priorität begreifen. In der Konsequenz bedeutet das, von benachteiligten und marginalisierten Menschen und Gruppen auszugehen, anstatt sich erst später an sie zu erinnern. Wir haben jetzt, nachdem die Pandemie uns alle mit grossen Fragen konfrontiert hat, eine besondere Gelegenheit, unsere Gesellschaft inklusiver und gerechter zu gestalten. Eine Dozentin, die sich an digitale Lösungen gewöhnen musste, hat spätestens jetzt weniger Gründe, eine Studentin, die aus gutem Grund nicht vor Ort sein kann, per Video dazu zu schalten. Heute ist ein «das geht leider nicht» keine Antwort mehr. Es geht und es wäre ein Beispiel von gelebter Solidarität, wenn sich die Dozentin die Mühe macht, das Gerät aufzustellen und auf den Knopf zu drücken.

Bei diesem Beispiel kann die Frage aufkommen, was denn alles gute Gründe wären? Hier spielt der persönliche Austausch eine wichtige Rolle. Es könnten Kriterien vereinbart werden, die dem Schutz vor Benachteiligung mehr Gewicht verleihen als beispielsweise, ob die Dozentin sich mit der Kamera-Einstellung schwertut und deswegen lieber darauf verzichtet.

Jedoch ist dieses Beispiel vergleichsweise leicht zu verdauen. Wenn wir an Menschen mit Fluchterfahrung denken wird es schwerer. Erniedrigende Polizeikontrollen haben auch zu Zeiten starker Einschränkungen, in denen ein Sicherheitsbedürfnis und die Zeit im Freien so wichtig sind, stattgefunden. Kriterien? Ich bezweifle sehr, dass Menschen mit Fluchterfahrung in der Schweiz nach der Pandemie (wann immer das sein wird) sehr viel mehr Gerechtigkeit erfahren werden.

Gleichzeitig hat Solidarität eine lange Vergangenheit und eine Zukunft.

Wir müssen uns weiter damit auseinandersetzen, welches Demokratieverständnis, welche Formen gelebter Solidarität und welche konkreten politischen Handlungen wir brauchen, um uns dauerhafter Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit — für alle — zu nähern. Es gibt Personen, die hier mehr in der Verantwortung stehen als andere. Wie mir Tahera Ameer (Amadeu Antonio Stiftung) einmal sagte: «Ausschluss ist ein Akt, für den niemand Verantwortung nimmt.» Das muss sich ändern.

---

#### TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Boulila, Stefanie C. (2020) Race in post-racial Europe. An intersectional analysis, London: Rowman & Littlefield.

Aktuelle Buchprojekte von Dr. Boulila: «Ambivalent Democracies: Feminist and Queer Defiant Visions»

Why We Matter: Das Ende der Unterdrückung von Roig, Emilia. Beide Autor:innen sind Teil des Centre for Intersectional Justice (CIJ) Berlin.



## ROGER DE WECK: DIE KLIMAKRISE IST NICHTS ANDERES ALS EINE PANDEMIE IN ZEITLUPE

Ich bin ein Optimist, vielleicht sogar ein Kulturoptimist. Ich glaube, dass Krisen ein Umdenken bewirken können. Die Corona-Krise hat zwar noch nicht wirklich viel verändert, aber die Denkwelten vieler Menschen sind in Bewegung geraten. Deshalb ziehe ich eine zuversichtliche Zwischenbilanz. Jetzt müssen wir aber die Demokratie konsequent vertreten und an deren Modernisierung arbeiten.

### ZUR PERSON:

Roger de Weck ist Gastprofessor am College of Europe in Brügge. Er war SRG-Generaldirektor, Präsident des Stiftungsrats des Graduate Institute of International and Development Studies in Genf, Chefredaktor von «Die Zeit» und des «Tages-Anzeigers». Der zweisprachige Freiburger wuchs in Genf und Zürich auf, er studierte Volkswirtschaft in St. Gallen. Er ist Stiftungsrat des Internationalen Karlspreises Aachen, Wissenschaftlicher Beirat von «Critique Internationale»

(SciencesPo Paris), Vorstandsmitglied von SOS Méditerranée (Seenotrettungsschiff «Ocean Viking») und Ehrendoktor der Universitäten Luzern und Freiburg.

Sein jüngstes Buch ist «Die Kraft der Demokratie – Eine Antwort auf die autoritären Reaktionen» (Suhrkamp): eine Streitschrift wider den Populismus, vor allem ein Plädoyer für Modernisierungen der Demokratie – und dazu zwölf konkrete Vorschläge.

Mit der Unterstützung von

Ihr druckfrisches neues Buch trägt den Namen «Die Kraft der Demokratie»...

...und diese wird oft unterschätzt.

Dazu meine erste Frage. Aber weniger, ob sie unterschätzt oder überschätzt wird, sondern ob und wie die Demokratie ihre Kraft in der Pandemie hat ausspielen können?

Donald Trump ist abgewählt und die Rechtspopulisten in ganz Europa sind in der Defensive, weil sie das nicht bieten, was jede Demokratie letztlich erfordert, nämlich Lösungen.

Ist das die Kraft die Demokratie? Quasi die Schwäche jener, welche die Demokratie in Geiselnahme nehmen wollten?

Es sind nicht nur Populisten, die demagogisch vorgehen, sondern es sind auch reaktionäre Anti-Aufklärer, die uns auf in eine Zeit vor der Demokratie zurückbringen möchten. Diese waren in den letzten Jahrzehnten sehr offensiv und sie haben in der Tat manche Demokratinnen und Demokraten verunsichert. Und das bis zu einem Punkt, dass Linke, Sozialliberale, Liberale und erst recht Konservative einen Teil der Agenda und des Wortschatzes der Reaktionäre übernommen haben. Jetzt aber besteht die Chance, einen erneuten Richtungswechsel zu schaffen.

Die Reaktionäre haben in der Krise versagt, weil sie in der Corona-Krise das taten, was sie immer tun, nämlich Krisen negieren. Nicht nur die Pandemie, auch die Klimakrise. Und weil sie schlicht und einfach darauf aus sind, Schwierigkeiten zu bewirtschaften und nicht Schwierigkeiten zu überwinden. Aber werden die Zeiten härter, erwarten

die Bürgerinnen und Bürger Lösungen. Das hat den Rechtspopulisten viel an Glaubwürdigkeit gekostet.

Können wir also die Populismus-Gefahr abblasen?

Sie ist längst nicht gebannt. Diese Kräfte, die davon lebten, immer Erfolg zu haben, werden umso aggressiver, wenn sie plötzlich sich festfahren oder sogar zurückkriechen müssen. Sie werden noch viel Schaden anrichten. Aber möglicherweise ist der Zenit überwunden.

In Frankreich hat Marine Le Pen nun wirklich viel Kapital verspielt. In Deutschland ist die AfD in der Defensive und in enormen Massen zerstritten. In Italien hat der eingefleischte Anti-Europäer Matteo Salvini dem eingefleischten Europäer Mario Draghi zum Amt des Ministerpräsidenten verholpen. Und sowohl in Ungarn als auch in Polen spüren die populistisch-autoritären Demokraten sowohl den Innendruck einer Opposition, die zum Glück endlich stärker wird, aber auch Aussen- druck einer Europäischen Union, die sich zwar viel Zeit nimmt, sich aber letztlich doch nicht alles bieten lässt.

In Ihrem Buch zitieren Sie Karl Kraus, der von der echten Avantgarde spricht und diese mit dem Rückschritt zur Vernunft beschreibt. Inwiefern kann Vernunft ein Rückschritt sein?

Karl Kraus formulierte das ironisch. Der Rückschritt zur Vernunft, das ist «le retour à la raison», also nicht der Rückschritt, sondern die Wiederentdeckung der Vernunft. So hat er es wunderbar überspitzt. Die Demokratie ist ein Kind der

Aufklärung und hat das Ziel, die Macht zu teilen. Niemand soll die ganze Macht haben. Deshalb die Gewaltenteilung. Deshalb auch die Meinungs- und Medienfreiheit, damit Missstände auch thematisiert werden können. Reaktionäre mögen diese vernünftige Machtteilung nicht. Sie verachten das Parlament. Auch in der Schweiz: so gibt es derzeit Bestrebungen für eine Volksinitiative, die es möglich machen soll, Gesetzestexte am Parlament vorbei zu verabschieden.

Reaktionäre sind anti-parlamentarisch. Und sie wollen die Justiz an die Kandare nehmen und die Medienfreiheit beschränken. In einer krassen Art und Weise erfolgt dies in der Türkei oder in Russland, Ungarn oder Polen. Aber Ansätze dazu gibt es überall. Auch in Westeuropa. Auch in der Schweiz. Rechtsbürgerliche Kräfte möchten auch hierzulande den investigativen Journalismus begrenzen. Ganz abgesehen von dem, was wir in den USA erfahren haben, wo Trump das Parlament beschimpfte, die Justiz zu instrumentalisieren versuchte und kritische Medien als Fake News abtat, obwohl sie zu den Weltbesten gehören.

Dieser Anti-Parlamentarismus befürwortet oft die direktdemokratischen Volksrechte. Aber in der Praxis funktionieren diese am besten als Teil einer repräsentativen Demokratie mit einem starken Parlament. Wie kann es denn sein, dass antiparlamentarische Kräfte gleichzeitig die direkte Demokratie befürworten?

Die Reaktionäre wollen im Grunde genommen nicht direkte Demokratie, sondern plebiszitäre Demokratie. Und es ist ein fast allgemeines

Missverständnis in Europa, dass Plebiszite Teil der direkten Demokratie sein sollten.

Wenn David Cameron eine Abstimmung zum Brexit macht, weil ihm das taktisch passt, dann hat das mit direkter Demokratie nichts zu tun. Wenn der Präsident de la République alle 15 Jahre aus irgendeinem Beweggrund heraus meistens taktischer Natur ein Referendum ansetzt, dann hat das mit direkter Demokratie nichts zu tun. Und wenn in Berlin im Bundestag die AfD vorgibt, das Schweizer Modell in Führungszeichen zu übernehmen und unter diesem Namen das Parlament aushebeln möchte, dann hat das mit direkter Demokratie nichts zu tun. Wird das Parlament ausgeschaltet, wird ein elementarer Mechanismus ausgeschaltet, der dafür sorgt, dass nicht einfach das Gesetz der Mehrheit gilt, sondern dass auch Minderheiten zu ihrem Recht kommen.

Demokratie ist nicht Volksherrschaft. Demokratie ist ein Verfahren, das sowohl das Volk wie auch die Volksvertreter einbindet in rechtsstaatliche Verfahren.

Funktioniert das in der Schweiz?

Jede Staatsform hat die Vorteile ihrer Nachteile und die Nachteile ihrer Vorteile. Dank der direkten Demokratie ist beispielsweise die Ökologie in der Schweiz viel früher als in Frankreich oder Deutschland auf die politische Agenda gekommen. Dank Volksinitiativen, die dieses Thema schlicht und einfach auf die Agenda setzten. Aber ebenso sehr ist dank der direkten Demokratie auch die Fremdenfeindlichkeit früher als in ande-

ren Ländern auf die politische Agenda gekommen. Schon im Jahre 1968 wurde eine Initiative lanciert, die auf einen Schlag bis zu 450'000 Italienerinnen und Italiener ausweisen wollte. Ich finde es gut, dass Themen frühzeitig gesetzt werden und dann ist es in der Verantwortung der politischen Parteien, mit diesen Themen vernünftig umzugehen.

Aber in den letzten Jahrzehnten, die geprägt waren vom Marktradikalismus, haben die früher staatstragenden Parteien dem Staat wenig Sorge getragen. Wer sagt «Mehr Freiheit, weniger Staat», der sagt gleichzeitig auch, dass der Staat unsere Freiheit gängelt, obwohl er sie doch vor allem einmal sichern soll.

Die grosse Gefahr der Schweizer Demokratie ist im Grunde die ewige Gefahr, dass das Bürgertum in schwierigen Zeiten nicht nur konservativ oder erzkonservativ, sondern reaktionär wird. Und ein beträchtlicher Teil der früher konservativen Parteien sind entweder reaktionär oder libertär geworden. Das hat das Staatswesen massiv beschädigt. Aber die direkte Demokratie, der Druck der Bürgerinnen und Bürger hat Gegenkräfte geweckt. Christoph Blocher ist aus dem Bundesrat abgewählt worden. Ein seltenes Ereignis in der Schweizer Geschichte. Und möglicherweise hat die Schweizerische Volkspartei ihren Zenit auch überschritten.

Diese demokratischen Gegenbewegungen sind vielerorts zu spüren. Etwa im nahen Baden-Württemberg, wo der grüne Winfried Kretschmann mit grossem Erfolg regiert. Sie zitieren ihn als Konservativen, der sagt: «Heute heisst erhalten,

was uns erhält». Ist das der Ausdruck einer nach vorne gerichteten bürgerlichen Entwicklung?

Ich bin ein Optimist, vielleicht sogar ein Kultur-optimist. Ich glaube, dass Krisen ein Umdenken bewirken können. Die Corona-Krise hat zwar noch nicht wirklich viel verändert, aber die Denkwelten vieler Menschen sind in Bewegung geraten. Deshalb ziehe ich eine positive Zwischenbilanz.

Die Klimafrage ist im Westen noch bewusster als vor der Pandemie, so wie viele erkannt haben, dass die Klimakrise nichts anderes ist als eine Pandemie in Zeitlupe. Und dazu haben die Klima-Streiks der Generation Greta viel beigetragen. Ich sehe darin eine Belebung der Demokratie ohnegleichen.

Zum zweiten ist die Frage der Ungleichheit heute nicht mehr eine bloss linke Frage, sondern wird auch in bürgerlichen Kreisen wahrgenommen. Dass die hundert reichsten Menschen auf diesem Planeten gleich viel besitzen wie die Hälfte der Erdbevölkerung, ist schlicht absurd.

Selbst liberale Denkfabriken wie Avenir Suisse oder unsere Banken veranstalten jetzt Seminare über die Ungleichheit. Auch aus Eigenzweck: denn es kostet Geldinstitute Unsummen, wenn die Superreichen ihr Vermögen über die eigenen Family Offices verwalten und nicht in den Banken. Und auch der Internationale Währungsfonds warnt vor dem Teufelskreis der Ungleichheit. Dazu kommt, dass in Krisenzeiten die Minderheit der Männer die gesellschaftliche Schlüsselrolle der Mehrheit der Frauen erkennt. Und die Gleichstellung macht Fortschritte. Zu langsam, zu wenig. Aber die

Reaktionäre kämpfen vergeblich dagegen und eine ihrer Ausflüchte ist der Kampf gegen die politische Korrektheit. Aber das ist Ablenkung.

Und zum Vierten, mitten aus der Pandemie heraus ist eine mächtige antirassistische Bewegung entstanden, die auch eine soziale Bewegung ist. Zunächst in Amerika, dann in Europa. Heute ist es verdammt viel schwieriger geworden als früher, ein Rassist zu sein. Auf alle Fälle in der westlichen Welt. Ich muss meinen Optimismus aber gleich auch etwas relativieren, weil in Wirklichkeit natürlich noch sehr viel zu tun ist. Aber sagen wir mal, dass ich illusionslos, aber hoffnungsfroh bin.

Also diese Türen, die da aufgestossen sind, sind dies aus Ihrer Sicht Türen, die sich wegen der Krise öffneten? Oder sehen Sie auch bewusste proaktive Ideen und neue Reformbewegungen, die jetzt entstehen?

Es gibt die Ebene der Debatte, die Idee der argumentativen Auseinandersetzung und hier jaulen die Konservativen und die Reaktionäre mithilfe eines überwiegenden Teils des Medienbetriebs. Zum Glück gibt es die öffentlichen Medien und zum Glück gibt es noch sozialliberale und ökosoziale Medien.

Gleichzeitig werden Träger fortschrittlicher Gedanken der Ökologie, der Gleichheit, der Gleichstellung der Geschlechter und des Antirassismus als Gutmenschen diskreditiert. Hier gilt deshalb schlicht und einfach die Losung, sich nicht verunsichern zu lassen. Das aber geschieht bei einem Teil der Liberalen und Linken. Sie lassen sich so weit verunsichern, dass sie einen Teil der

Diktion der konservativen Kritiker übernommen haben. Bei den Grünen stelle ich diese Verunsicherung weniger fest.

Und dann gibt es die Ebene der Realitäten und hier müssen Fortschrittsoptimisten ganz bewusst die ökologische Frage und die soziale Frage verknüpfen. Eine griffige Umweltpolitik erfordert eine griffige Sozialpolitik, das heisst Umverteilung von oben nach unten, wo wir über die vergangenen Jahrzehnte faktisch eine Umverteilung von unten nach oben hatten. Und wenn man das unterlässt, dann trifft die Umweltpolitik die kleinen Leute am härtesten. Und sie müssen wieder einmal die Kosten tragen, so wie sie im Wirtschaftsliberalismus die Kosten tragen mussten.

Und dann werden sie der Demokratie entfremdet und den demokratischen Parteien entfremdet. Und sie flüchten sich in die Arme von Autoritären, welche beteuern, sie seien die eigentlichen Vertreter der kleinen Frau / des kleinen Mannes.

Einer der jetzt mutig hinsteht, oft mutiger als beispielsweise die Linke in Europa, ist ein Mann der Mitte, nämlich Joe Biden. Er nimmt die Reichen in die Pflicht und setzt auf ökologische Programme, die noch viel mutiger sind als diejenigen, die wir in der Europäischen Union haben. Er setzt sich auf dem Gebiet des Antirassismus, auf dem Gebiet der Gleichheit und auf dem Gebiet der Ökologie gar nicht so schlecht durch.

Aus Ihrer Sicht ist dieser alte Mann im Weissen Haus, der schon 50 Jahre Politik gemacht hat, also eine Verkörperung der Rückkehr zur Vernunft?

Für mich verkörpert er eine Hoffnung und seine Umweltpolitik ist beispielsweise mutiger als die der deutschen Grünen. Ehrgeizig ist Biden erst recht auf dem Hintergrund des immensen fossilen Verbrauchs der Vereinigten Staaten von Amerika. Etwas ist den bürgerlichen Parteien abhanden gekommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es weitgehend bürgerliche Kräfte, die konzeptuell dachten. Liberalkonservative Christdemokraten, die die zwei grossen Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg zogen: Rücksicht auf die Nachbarn und europäische Einigung. Rücksicht auf die Schwächeren und soziale Marktwirtschaft. Es war nicht die Linke. Es waren konservative, liberale, konservative Kräfte, die hier konzeptuell die Politik der Nachkriegszeit geprägt haben.

Bürgerliche Kräfte heute glauben, sie müssten gar nicht mehr konzeptuell nachdenken, geschweige denn Konzepte entwickeln. Das sei dann etatistisch. Und die Linke ist leider in dieser Hinsicht auch denkfaul. Ich finde, dass es hier noch viel zu tun gibt. Mein Buch sehe ich als kleinen Baustein.

#### Was genau ist zu tun?

Wir müssen an den Konzepten wenigstens die Diskussion lancieren. Nämlich die Demokratie vertreten und die Modernisierung fordern. Das ist eine Debatte, der sich Linke und Konservative über Jahrzehnte regelrecht verweigert haben. Als ob wir an das Ende der Geschichte der Demokratie gekommen seien und es nichts mehr zu modernisieren gäbe. Wenn man aber mit den demokratischen Institutionen stehenbleibt statt sie zu erneuern, dann hat man ein Wahlsystem aus dem Jahr 1897. Wie in den USA. Und dieses Wahlsys-

tem hat es Donald Trump wesentlich erleichtert, seine grosse Lüge vom gestohlenen Sieg in den Köpfen mancher Menschen einzupflanzen.

Im alltäglichen politischen Diskurs wird viel von Missständen gesprochen, von der Dringlichkeit von Massnahmen. Es ist die Rede von fünf vor zwölf. Wird da die geduldige Arbeit für die Demokratie nicht leicht als sekundär betrachtet? Gerade der Klimajugend wird ja oft vorgeworfen, mit ihrem Druck von der Strasse und der Notstandsrhetorik einer weniger demokratischen Zukunft das Wort zu reden.

Es ist gut und höchst erwünscht, dass die Klimajugend Druck ausübt. Es ist nicht verwunderlich, dass der Fortschritt zu langsam ist. Eine meiner Überzeugungen ist, dass die Schnelligkeit grundlegender Entscheidungen nicht vom politischen System abhängt. Denn das ausgerechnet angeblich so langsame demokratische System ermöglicht den Fortschritte viel schneller und besser als Diktaturen.

Wer eine Ökodiktatur will, der wird viel Diktatur und wenig Öko ernten. Diktatoren wollen nämlich nur etwas: ihre Macht erhalten. Punkt. Hier geht es jetzt um ein Umdenken. Die Welt neu denken, «Unsere Welt neu denken» heisst der Bestseller von Maja Göpel, die mit dem Theodor-Heuss-Preis in diesem Jahr ausgezeichnet wird. In einer Welt mit 8 Milliarden Menschen sind viele herkömmliche Denkmuster überholt. Aber der Mensch denkt langsam und noch langsamer denkt er um. Aber wenn das Umdenken von oben herab verfügt wird, funktioniert es nicht. Die ökologische Lage ist in der totalitären Volksrepublik China noch

viel schlimmer als bei uns. Kurzfristig hat zwar die kommunistische Nomenklatura in der luftverschmutzten Hauptstadt Peking kurzfristig ein Umsteuern durchgesetzt. Aber das bedeutet noch lange nicht ein ökologisches Umsteuern eines ganzen Landes. Zu diesem Zweck bedarf es des Umdenkens und der Mensch wird immer diejenigen, die für den Fortschritt eintreten, enttäuschen, weil er von Natur aus eher konservativ ist. Denke nur an ein Kleinkind, das mit seinen Eltern von einer Stadt zur nächsten umziehen will. Es wehrt sich dagegen. Es möchte alles so haben wie es ist. Das gilt auch für uns Erwachsene. Auch diejenigen, die sich dem Fortschritt widmen, haben ihre zutiefst konservativen Reflexe.

In Ihrem Buch machen Sie zwölf konkrete Vorschläge für die weitere Arbeit an der Demokratie. Sie orientieren sich stark an der Bedeutung des Ökologischen. Aber es gibt auch direkt demokratiopolitische Anstösse wie die Stärkung des Stimmrechts für Jugendliche. Sehen Sie Ihre Vorschläge als Programm oder eher als Menü?

Demokratie ist anders. Der Kerngedanke der Demokratie ist, dass drei Institutionen in einen Wettbewerb gesetzt werden und sich ständig austarieren müssen, nämlich Parlament, Regierung und Justiz. Und dass drei Grundwerte in einen Wettbewerb gesetzt werden. Jene Grundwerte, die wir von der Französischen Revolution ererbt haben: Freiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeit... eigentlich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Letzteres ist auch als Schwesterlichkeit zu verstehen, die ich heute als Nachhaltigkeit interpretiere. Und in jeder Demokratie gibt es zu jeder Zeit ein Kräftemessen zwischen den drei Institutionen.

Und die politische Debatte besteht aus der Auseinandersetzung zwischen denen, die mehr Freiheit, denen die mehr Gleichheit und denen die mehr Brüderlichkeit, Schwesterlichkeit und Nachhaltigkeit möchten.

Wer institutionelle Reformen vorschlägt, wie ich es in dem Buch mache, kann nicht Patentrezepte für jede Demokratie geben. Und der eine oder andere Vorschlag wird für jene Demokratie tauglich sein, für eine andere Demokratie überhaupt nicht. Die Modernisierung der Demokratie ist eine Sache der Demokratinnen und Demokraten in jedem Land und erst recht derer, die an einer europäischen Demokratie arbeiten.

Und deshalb sind diese Vorschläge eher ein Menü, ein Versuch, die Diskussion wieder zu beleben. So wie Sie und Ihre Mitkämpferinnen und Mitkämpfer in der Demokratiebewegung dies seit Jahrzehnten tun – und damit beispielsweise zur Einführung der Europäischen Bürgerinitiative beigetragen haben. Jeder Vorschlag hat seine Stärken und Schwächen.

Wenn ich einen meiner Vorschläge besonders hervorheben soll, dann derjenige eines Europäischen Gerichtshofs für die Rechte der Natur und einer Europäischen Konvention für die Rechte der Natur, so wie wir eine Europäische Menschenrechtskonvention und in Strassburg den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte haben. Das wäre ein echter europäischer Fortschritt.

Unter Ihren Vorschlägen gibt es auch einen für eine demokratische OECD, eine demokratische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Schwäche der Demokratie über die vergangenen wirtschaftsliberalen, präziser marktradikalen Jahrzehnte war das nicht die Politik. Denn das Primat hatte nicht die demokratische Politik, sondern die undemokratische Wirtschaft. Politiker internalisierten dies. Zum Beispiel Bill Clinton, der sagte: «It's the economy, stupid!»

Dank Corona hat nun auch ein Teil der bürgerlichen Mitte das Primat der Politik über die Wirtschaft wiederentdeckt. Und ich würde mich freuen, wenn man das nicht gleich wieder fahren lässt. Das ist die Voraussetzung für eine gute Umwelt- und Sozialpolitik. In den letzten Jahren erlebten wir jedoch gnadenlosen Steuerwettbewerb. Die Wirtschaft konnte schlicht und einfach die nationalen Demokratien gegeneinander ausspielen, bis die genau das machten, was die Wirtschaft wollte, nämlich Steuern senken, Steuern senken und nochmals Steuern senken. Nun regen sich jedoch Gegenkräfte: die OECD wagt nun einen ersten, wahrscheinlich viel zu zaghaften, aber doch ermutigenden Versuch der Steuerharmonisierung, um den Verheerungen des Marktes entgegenzuwirken. Deshalb halte ich die OECD für die demokratischste internationale Organisation, für die demokratiefreundlichste, nicht aber die demokratischste.

Und welche konkreten Verbesserungen über eine Steuerharmonisierung hinaus könnte die OECD bewirken?

Den ersten Schritt haben die G20 mit ihrer Einigung auf einen Mindeststeueransatz von 15 Prozent gemacht. Doch der Teufel steckt im Detail. Wo gibt es die Ausnahmen? Wo gibt es Rabatte? Aber die 15 Prozent werden nicht reichen. Der zweite grosse Schritt wird die Einführung einer ökologischen Mindeststeuer auf der internationalen Ebene sein. Die ökologische Weltwirtschaft muss gestärkt werden.

Welche Rolle haben hier die Bürgerinnen und Bürger? In der Schweiz spielt die Volksinitiative eine wichtige Rolle. Auf der europäischen Ebene gibt es nun seit 2012 die Möglichkeit, ein Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen. Ein Antragsrecht von 5 Millionen Bürgerinnen und Bürger an die UNO-Generalversammlung. Wäre es vielleicht besser, wenn sich ein solches Initiativrecht von unten an die OECD richten würde?

Ich finde, der Versuch ist es wert. Wobei es auf der Welt leider unzählige Menschen, wahrscheinlich sogar eine Mehrheit gibt, die noch nie erfahren konnte, was wirklich Demokratie bedeutet und die von Demokratie wenig wissen und die vielleicht für das Einführen einer Demokratie von heute auf morgen noch gar nicht reif sind. Wer über Jahrhunderte als Untertan gehalten worden ist, kann nicht von heute auf morgen Bürgersinn entwickeln. Und das zeigt sich in so vielen Ländern. Und jede nur denkbare Erfahrung einer demokratischen Teilhabe und auch auf globaler Ebene ist hier vielleicht ein kleiner Schritt. Ich glaube nicht, dass

man zu viel davon erwarten kann, aber das ist ein kleiner Schritt. Für mich müssen die ganz grossen Fortschritte in Weltregionen erfolgen. Und ich finde, dass Europa bei allen seinen Schwächen doch schon weit gekommen ist. Gerade auch im Vergleich mit anderen Weltregionen. Im Vergleich sind wir eher besser als andere Kontinente, oder um es nüchterner zu formulieren, weniger schlecht.

Wir erleben in diesen Tagen ein Ende mit Schrecken, was die pro-aktive Demokratieförderung von aussen betrifft: in Afghanistan. Ist das ein Verlust für die Idee der weltweiten Demokratieförderung – oder eine Chance?

Die Demokratie mit militärischen Mitteln einzuführen, das ist eine gefährliche Illusion. Nur einmal ist es gelungen. In Westdeutschland der Nachkriegszeit, in einem Land, das während der Weimarer Republik erste Gehversuche in Sachen Demokratie gemacht hat, aber ein demokratieskeptisches Bürgertum hatte – und deshalb den Nazis die Machtergreifung ermöglichte. Und wer die Demokratie fördern möchte, muss das mit Entwicklungszusammenarbeit, mit Bildung, mit weltweiter Gerechtigkeit versuchen – nicht mit militärischen Mitteln. Denn das Militär ist dafür da, Befehle zu geben. Und genau Befehle wollen und sollen Demokratinnen und Demokraten nicht entgegennehmen.

Die Schweiz kennt als einer von wenigen Staaten einen Verfassungsauftrag zur internationalen Demokratieförderung. Artikel 54. Diese Verfassung wurde 1999 vom Volk angenommen.

Erfüllt die Schweiz als Staat, als Gesellschaft diesen Auftrag?

Es gibt da und dort Bemühungen. Ich finde die zivilgesellschaftlichen Bemühungen sichtbarer als die offiziellen Bemühungen. Auch vonseiten des EDA und der DEZA gibt es durchaus auch wertvolle Initiativen. Aber insgesamt ist die Schweiz nun wirklich nicht ein Land, das sich genug einbringt, damit seine Demokratie ausstrahlen könnte in dem Masse, wie sie es eigentlich verdient.

Bald sehen wir uns am Internationalen Demokratie Forum in Zofingen. Was versprechen Sie sich von diesem Treffen?

Es ist so wertvoll, wenn diejenigen, die sich für mehr Demokratie, für eine erneuerte, kräftigere, selbstbewusstere Demokratie nach Jahren, in denen die Antidemokraten das grosse Wort führten, zusammenkommen, sich bestärken, sich austauschen, ihre Erfahrungen, Expertisen und Einsichten einander mitteilen. Das ist für mich das Allerwichtigste. Wir haben jetzt ein Fenster der Möglichkeiten, weil die Pandemie das Bewusstsein geschärft hat, weil die Reaktionäre in der Defensive sind und weil die Modernisierung der Demokratie seit der Trump-Erfahrung evident ist. Menschen, die das vorher noch leugneten, machen sich jetzt daran, dieses Fenster der Möglichkeiten zu öffnen und die Möglichkeiten zu nutzen. Das wäre doch schön. Ganz abgesehen davon, dass Zofingen ein traditionsreicher Ort ist in der Schweizer Politik.



## ZOLTÁN TIBOR PÁLLINGER: ES GIBT NICHT DIE EINE «RICHTIGE» FORM DER DEMOKRATIE

Die Pandemie hat interessante Gemeinsamkeiten zwischen der Schweiz und Ungarn deutlich gemacht, aber auch markante Unterschiede zwischen einer direktdemokratischen und einer plebiszitären Meinungsbildung. Zwei bevorstehende Volksabstimmungen in den beiden Ländern machen dies deutlich.

### ZUR PERSON:

Zoltán Tibor Pállinger ist seit 1. September 2021 Rektor der Andrassy Universität Budapest und leitet dort den Lehrstuhl für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Demokratieforschung, Direkte Demokratie, Vergleichende Politikwissenschaft, Eliteforschung sowie Politische Theorie und Ideengeschichte.

*«Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir darüber nachdenken, wie wir die Demokratie zukunftstauglich machen können? Darum freue ich mich auf eine lebhafte Debatte und zahlreiche neue Ideen am Ersten Internationalen Demokratie Forum. Und vor allem: Nach einer solch langen Zeit, die wir zwangsweise im virtuellen Raum verbringen mussten, freue ich mich besonders auf viele spannende Begegnungen mit echten Menschen aus Fleisch und Blut!»*

Mit der Unterstützung von

## ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Pandemien oder Krisen sind «Sternstunden der Exekutive». Solche Situationen erfordern schnelles, konzertiertes Handeln, dabei werden häufig die «deliberativen» repräsentativen Prozesse im Parlament als zu langsam empfunden. Regierungen greifen in solchen Situationen häufig zu Notrecht. So wurde in der Schweiz zunächst die «besondere Lage» und dann die «ausserordentliche Lage» ausgerufen.

Auch in Ungarn wurde zunächst die «Gefahrensituation» ausgerufen und nach Auslaufen derselben zwei Mal durch Gesetze über die Abwehr von Covid verlängert, bzw. neu eingeführt. In beiden Ländern waren die Parlamente zumindest in der Anfangsphase der Pandemiewellen Nebendarsteller der Politik, und auch die direktdemokratischen Rechte waren in dieser Zeit eingeschränkt.

Eine solche Entwicklung scheint «normal» für solche ausserordentlichen Ereignisse zu sein. Wir müssen uns aber vergegenwärtigen, dass in Ungarn seit 2015 der sogenannte Migrationsnotstand gilt. Dies hängt auch damit zusammen, dass die rechtsnationale Fidesz-Regierung in Ungarn eine kämpferische Rhetorik pflegt und eine sehr konfrontative Politikauffassung vertritt. Zu Beginn der Pandemie erschien die ungarische Regierung eher zögerlich und entwickelte erst dann eine starke Dynamik, als sie ein Narrativ entwickeln konnte, welches das Management der Pandemie als Teil eines politischen Kampfes gegen das Virus, aber auch gegen die Opposition redefinieren konnte.

In diesem Fall – so jedenfalls die Opposition – dienten nicht alle Massnahmen der Bekämpfung des Virus, sondern auch dazu, die oppositionellen Städte zu schwächen. Auf jeden Fall muss nach der Pandemie geprüft werden, wie Demokratie krisenfester gemacht werden kann. Insbesondere stellt sich die Frage, ob durch den Einsatz neuer Technologien die fast komplette Ausschaltung der direkten Demokratie in Zukunft nicht vermieden werden könnte.

In den vergangenen zwei Jahren haben sich die demokratierelevanten Rahmenbedingungen vielerorts stark und schnell verändert. Anderes ist erstaunlich stabil geblieben. Welche Lehren können und sollten wir aufgrund dieser Erfahrung ziehen?

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie stark vernetzt die Welt heutzutage ist. In einer ersten Phase haben die Staaten mit Abschottung und Grenzschiessungen reagiert, aber bald zeigte sich auch, wie gross die wechselseitigen Abhängigkeiten sind: die Beschaffung von medizinischem Gerät, Masken etc. bedingte das Funktionieren transnationaler Beschaffungsketten.

Eine Frage, die in Zukunft beantwortet werden muss, ist, wieviel Produktion an strategisch wichtigen Gütern in den einzelnen Ländern oder Europa vorgehalten werden muss. Die ungarische Regierung konnte durch eine Kombination von Alleingang und Teilnahme an der europäischen Impfmittelbeschaffung sehr schnell mit der Impf-

kampagne beginnen, allerdings hat sich dieser Vorsprung heute verflüchtigt und es wird vermehrt die Frage nach der Wirksamkeit der nicht von der EMA zugelassenen Vakzine diskutiert. Generell muss im Einzelnen geklärt werden, wie die Arbeitsteilung zwischen unterschiedlichen staatlichen Ebenen, zwischen Staat und Wirtschaft verbessert werden kann. In der Schweiz konnten wir die üblichen Stärken und Schwächen des Föderalismus beobachten. Zwischenzeitlich führte dies zu einer Ausdehnung der Bundeskompetenzen, was dann aber wieder rückgängig gemacht wurde. Das Funktionieren des Föderalismus erfordert eine permanente Diskussion und eine stete Anpassung an die sich verändernden Umstände. Ungarn, das ohnehin sehr zentralistisch regiert wird, hat in der Pandemie die Kompetenzen noch mehr konzentriert. Den Spitälern wurden militärische Kommandanten zugeordnet, welche die zivilen Spitalleitungen in logistischer Hinsicht unterstützten.

Die verstärkten Zentralisierungen führten aber auch zu Konflikten mit Gemeinden, weil aufgrund der starken Polarisierung in Ungarn alle Konflikte politisiert werden. Der Vergleich zwischen der Schweiz und Ungarn (und auch weiteren Ländern) zeigt, dass sich die Reaktionen der Länder gleichen, doch die konkrete «Mechanik» der Pandemiebewältigung stark durch die politische Kultur determiniert wird. Aus diesem Grund werden in Ungarn alle (sach-)politischen Fragen entlang der politischen Bruchlinien redefiniert und erst dadurch werden sie politisch bearbeitbar gemacht.

In der Schweiz stimmen wir am 26. September über das Gesetz «Ehe für Alle» ab, gegen das ein Referendum ergriffen worden war. In Ungarn soll ebenfalls in naher Zukunft über das sogenannte LGBTQ-Gesetz abgestimmt werden, das sich gegen nicht-heterosexuelle Menschen richtet. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen diesen beiden Volksentscheiden?

Der offensichtlichste Unterschied ist, dass in der Schweiz das Referendum gegen ein Bundesgesetz ergriffen wurde, während in Ungarn die Regierung fünf Fragen, die im Zusammenhang mit dem «Gesetz über das härtere Auftreten gegenüber pädophilen Straftätern sowie die Anpassung verschiedener Gesetze zum Schutze der Kinder» (Gesetz LXXIX/2021) stehen, zur Abstimmung bringen.

Das zeigt sehr gut die Unterschiede zwischen zwei Vorlagen: Ein fakultatives Referendum in der Schweiz ist ein Volksentscheid, der seitens der Bevölkerung (von unten) ausgelöst wird. Gegenstand des fakultativen Referendums gegen das Gesetz «Ehe für Alle» ist, ob eine vom Parlament beschlossene Änderung des Zivilgesetzbuches in Kraft treten darf.

In Ungarn besitzt das Parlament das Gesetzgebungsmonopol. Volksabstimmungen finden folglich nicht über konkrete Gesetzesbestimmungen, sondern über politische Fragen statt. Die Entscheidung des Volks muss dann vom Parlament gesetzgeberisch umgesetzt werden. Die vorliegende Volksabstimmung wurde von der Regie-

zung (von oben) initiiert, nachdem das Gesetz bereits in Kraft getreten war. Die ursprünglich ins Parlament eingebrachte Version des Gesetzes zielte auf den Kinderschutz ab und wollte insbesondere pädophile Straftaten strenger bestrafen. Nachdem aber die Opposition ihre Zustimmung zum ursprünglichen Gesetzesentwurf signalisiert hatte, erweiterte die regierende Mehrheit den Entwurf mit Elementen, die einen Bezug zwischen Pädophilie und LGBTQ insinuierten. Damit war es der Regierung gelungen, die vormals geeinte Opposition zu spalten, da ein Teil derselben diese Verschärfungen mitgetragen hatte.

Auf die heftige internationale Reaktion hin hat die Regierung das Referendum angekündigt. Indem Sie gewisse Fragen wie «Unterstützen Sie, dass sexuelle Medieninhalte, die die Entwicklung von minderjährigen Kindern beeinflussen können, ohne Einschränkung gezeigt werden können?», die im Gesetz angesprochen werden, herausgreift und zur Abstimmung bringt.

Die Themen sind so gewählt, dass die Wählerschaft über die Regierungsparteien hinaus mobilisieren. Sie zielen auch darauf ab, interne Unterstützung gegen die Kritik aus dem Ausland zu mobilisieren. Die Ankündigung des Referendums ist für die Regierung eine günstige Gelegenheit, im Hinblick auf die Wahlen von 2022 zu mobilisieren.

Vergleicht man die beiden Volksabstimmungen, ist das schweizerische fakultative Referendum ein Instrument der Partizipation, welches es Gruppen, die im parlamentarischen Prozess unterlegen

sind, ermöglicht, eine Entscheidung des Volkes zu erzwingen. Es ist ein anti-majoritäres Instrument, das die Mehrheit einer zusätzlichen Kontrolle unterwirft.

Die geplante ungarische Volksabstimmung kann hingegen als ein Plebiszit gesehen werden, das von der Regierung kontrolliert wird und deren Handlungsspielraum erweitert und eine gute Möglichkeit der Mobilisierung darstellt. Sie ist Ausdruck für die Tatsache, dass das indirekte System, insbesondere die Regierungsmehrheit, die direkte Demokratie «kolonialisiert» hat und somit der Stärkung der herrschenden Mehrheit dient.

#### **VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:**

Die Antwort auf die gegenwärtigen Probleme der Demokratie ist nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Länder wie die Schweiz oder Ungarn unterscheiden sich in gesellschaftlicher, ökonomischer, politischer, kultureller Hinsicht und haben völlig unterschiedliche historische Erfahrungen. Da es nicht die eine «richtige» Form der Demokratie gibt, müssen die Instrumente und Praktiken der Demokratie den individuellen Rahmenbedingungen der Länder angepasst werden. Dabei ist es wichtig, dafür zu sorgen, dass den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl vermittelt wird, dass ihre Teilnahme am demokratischen Prozess sinnvoll und wirksam ist.

Dies bedeutet, dass demokratische Entscheidungen Konsequenzen für die Politik haben müssen. Im Optimalfall zählen alle Stimmen und alle Bürgerinnen und Bürger haben mehr oder minder

den gleichen Einfluss auf die Politik. Dies erfordert eine entsprechende Ausgestaltung der politischen Institutionen und Prozesse. Insbesondere müssen repräsentative und direktdemokratische Prozesse miteinander verknüpft werden. Darüber hinaus – und das ist aus Schweizer Sicht eine Selbstverständlichkeit – sollte sichergestellt werden, dass die Demokratie nah an den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden kann. Dies erfordert – insbesondere in Ungarn – die Revitalisierung der lokalen Demokratie.

---

**TIPPS ZUM WEITERLESEN:**

Eine echte demokratische Innovation in Ungarn: die oppositionellen Vorwahlen (<https://elovalasztas2021.hu/>).



## MARTINA MOUSSON: VON «ME TOO» ÜBER «FRIDAYS FOR FUTURE» ZU «BLACK LIVES MATTER»

Die Pandemie hat die junge Generation politisiert und sensibilisiert. Die wichtigsten Themen sind Gleichstellung, Klimawandel und Rassismus. Die Krise hat gerade auch Jungparteien starken Zuwachs gebracht. Dabei gilt es aber, die verschiedenen Lebenswelten junger Menschen zu beachten und die wachsende Demokratieskepsis ernst zu nehmen.

### ZUR PERSON:

Martina Mousson ist 1980 geboren und zählt sich zur Generation XY. Sie hat an den Universitäten Zürich, Bern und Marmara (Istanbul) Politikwissenschaft studiert. Seit 2010 wirkt sie als Projektleiterin am Forschungsinstitut gfs.bern mit den Schwerpunkten Analyse politischer und gesellschaftlicher Themen, nationale Abstimmungen und Wahlen, Image- und Reputationsanalysen. Martina findet, dass es hochspannend sei, nach anderthalb Jahren Pandemie innzu-

halten und das einschneidende Geschehen um uns aus verschiedenen Blickwinkeln, aber mit gemeinsamem Fokus zu reflektieren. Sie freut sich auch deshalb auf das Erste Internationale Demokratie Forum in Zofingen, weil ihr Demokratie und ihre Grundwerte am Herzen liegen und gerade in der Krisenzeit gilt, diese für selbstverständlich genommenen Grundpfeiler unseres Zusammenlebens zu stärken.

Mit der Unterstützung von

## ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie trafen die Jugendlichen sehr direkt. Sie wurden während des Lockdowns vom Staat unter Kollektiv-Hausarrest gestellt – die Höchststrafe im Erziehungsrepertoire vieler Eltern. Gerade im Begriff, sich von der Kernfamilie zu lösen, wurden Jugendliche in diesem identitätsstiftenden Prozess durch die Pandemie ausgebremst.

Weiter stellen sie wichtige Weichen für ihre Zukunft und befinden sich mitten in der Ausbildungswahl. Auch diese wurde durch die besonderen Umstände erschwert. Besonders das Erfolgsmodell Berufslehre bereitete dabei Sorgen. Die Ergebnisse des Nahtstellenbarometers 2020 (siehe Quellen) verweisen auf Probleme. Jugendliche mit tieferem Bildungsniveau wurden härter getroffen als solche mit höherem, Frauen stärker als Männer und Ausländer:innen stärker als Schweizer:innen. Klar ist aber, dass gerade in neuen Kontexten und bei Nahtstellen zwischen Ausbildungen oder zwischen Ausbildung und Beruf der digitale Weg nicht ausreicht und Lücken entstanden sind. Erst im persönlichen Austausch mit Arbeitskolleg:innen, Mitschüler:innen oder Studierenden entwickelt sich eine echte Leistungskultur mit entsprechenden Lernerfolgen. Die Folgen einer ausserordentlichen und kollektiven Ausbildungslücke in Schulen, Lehre, Studium oder Arbeitseintritten werden sich erst später zeigen.

Es wurde von den Jungen Solidarität mit älteren und daher besonders gefährdeten Menschen verlangt, ohne eine wirkliche Gegenleistung bieten

zu können. Jugendliche befürchten die eingeschränkten Freiheiten und die soziale Isolation stärker als ältere Menschen, die Covid-Erkrankung an sich jedoch weniger (Quelle: SRG-Corona-Monitoring). Das birgt Frustrationspotenzial.

Dennoch werden die Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 von den Jugendlichen im Grossen und Ganzen als ausbalanciert und sachgerecht beurteilt (CS-Jugendbarometer 2020). Die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen ist aber für junge Schweizer:innen die zweitgrösste Sorge. Die Sorglosigkeit, die insbesondere der Generation Y immer wieder angelastet wird, schwindet in Bezug auf die Zukunft. Und die Krise zeigt auf, dass trotz globaler Bedrohungslage eine gewisse Ausrichtung hin zu einem nationalzentrierten Narrativ (Selbstversorgung stärken, Globalisierung eindämmen) existiert.

Das Interesse der Jungen an Politik ist in diesem Kontext leicht angestiegen, ebenso der Ruf nach starken Führungsfiguren. Gleichzeitig steigt Skepsis der Demokratie gegenüber unter jungen Menschen weltweit an und ist deutlich weiterverbreitet als unter älteren Menschen («Youth and Satisfaction with Democracy: Reversing the Democratic Disconnect?»). Dies hat einen deutlichen Zusammenhang mit Zukunftspotenzialen oder -ängsten und der wirtschaftlichen Situation von jungen Menschen. Je schlechter es um diese Grössen steht, desto grösser die Unzufriedenheit mit der Demokratie als Regierungsform. Diese Entwicklungen gilt es ernst zu nehmen.

## **WAS HABEN WIR GELERNT?**

Das Auslösen der Massnahmen zu Beginn der Pandemie war ein staatlich-administrativer Akt. Die Beendigung der Massnahmen ist jedoch ein politischer und konfliktreicher Prozess. Die erwartete Rückkehr zur Normalität verschiebt sich immer weiter nach hinten. Das Vertrauen in die Regierung geriet zwar phasenweise leicht unter Druck, war aber auch bei den Jungen mehrheitlich vorhanden.

Wurde im ersten Lockdown beschlossen, die Durchführung einer Volksabstimmung sei nicht möglich, folgten im Herbst gleichen Jahres und im Sommer des darauffolgenden Jahres zwei Urnengänge mit Rekordbeteiligungen – notabene auch bei Jungen. Innert weniger als einem Jahr fielen im Pandemiekontext 15 eidgenössische Volksentscheidungen. Dabei verringerte sich die Erfolgsquote der Behörden gegenüber der Zeit vor der Pandemie (1 von 6 angenommenen Volksinitiativen, 3 von 9 erfolgreichen Gesetzesreferenden). Bei diesen Abstimmungen zeigten sich rekordtiefe Stadt-Land-Gräben und auch generationenspezifische Konflikte (z.B. 2021 beim Verhüllungsverbot, Freihandelsabkommen Indonesien, CO2-Gesetz oder Anti-Terrorgesetz).

Die Pandemie verstärkte existierende Spaltungen in der Gesellschaft (Schicht, Alter, Region) und schuf neue. Massnahmegegner:innen und Massnahmenbefürworter:innen, Impfgegner:innen und Impfbefürworter:innen, Konformist:innen und Querdenker:innen, systemrelevante Akteure und nicht-systemrelevante Akteure, Gewinner:innen der Krise und Verlierer:innen. Treten diese

Gruppen in Konflikt, entsteht leicht der Eindruck, Menschen im gleichen Land lebten nicht in derselben Realität. Corona trifft alle, aber nicht alle gleich stark.

Jungen Menschen wurde die Fragilität des gewohnten Lebens schlagartig bewusst. Unmittelbar in ihrem Lebensalltag betroffen führte dies zu einer Politisierung und Sensibilisierung junger Menschen. Dabei sind Jugendliche keineswegs fundamentalkritisch mit den getroffenen Massnahmen und Einschränkungen (CS-Jugendbarometer 2020), aber es macht sich angesichts des Andauerns der Krise Unbehagen breit. Das Covid-19-Gesetz hätte bei den jüngsten Stimmberechtigten in der Schweiz beispielsweise keine Mehrheit gefunden (VOX-Analyse der Abstimmung vom 13. 06. 2021. Aber bei weitem nicht alles, was die Krise mit sich gebracht hat, wird von den Jugendlichen als negativ empfunden (CS-Jugendbarometer 2020). Eine Mehrheit der Befragten gibt an, dass die Pandemie ihnen gezeigt habe, dass sie in ihrem Leben mit weniger Konsum auskommen würden. Und sie hätten während der Krise nicht ständig das Gefühl gehabt, etwas zu verpassen. Viele geben entsprechend an, ihr Leben sei durch die Massnahmen zur Eindämmung der Krise entspannter geworden.

## **VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT AN DER DEMOKRATIE:**

Junge interessierten sich nicht für Politik, so das gängige Klischee. In den letzten Jahren hat die Jugend mindestens punktuell eine neue, politische Identität gefunden – bereits vor Corona. Gleichstellung, Klimawandel und Rassismus sind

drei der Themen, die Junge heute beschäftigen. Auf die Kürze eines Hashtags verdichtet, dienen die folgenden Botschaften als Anker- und Identitätspunkte für so manchen Millennial rund um den Globus: «me too», «Fridays for Future», «Black Lives Matter». Das neu aufkommende politische Bewusstsein schlägt sich dabei jedoch kaum auf etablierte, institutionalisierte Formen des politischen Engagements nieder. Deutlich mehr Bewegung ist dagegen in der Bereitschaft zu sogenannter «unkonventioneller Partizipation» in Form der Teilnahme an politischen Demonstrationen zu erkennen. Im Corona-Kontext könnte hier als Negativbeispiel die Krawalle in St. Gallen im April 2021 erwähnt werden.

«Adhoc», «selektiv» und «geografisch breit aufgestellt» sind die Charaktereigenschaften der neuen politischen Bewegungen. Ausdruck fand dies jüngst in Pfäffikon Zürich, wo Jugendliche die Gemeindeversammlung derart stark frequentierten, dass sie auf einen späteren Zeitpunkt in einen grösseren Saal verschoben werden musste. Anlass für diese Mobilisierung war ein Aufruf via Social Media, sich gegen eine neue Polizeiverordnung zu wehren, welche restriktivere Regeln für Musik-Lautsprecher im öffentlichen Raum vorsah. Die neue Polizeiverordnung wurde in der verschobenen Gemeindeversammlung abgelehnt.

#### – Vermitteln und einigende Ziele setzen

Das Vermitteln zwischen kontroversen Positionen rund um Covid-19 und den Massnahmen wird eine wichtige Aufgabe der nahen Zukunft sein. Das Andauern der neuen Konflikte wird davon abhängen, ob es gelingt, Spaltungen

abzubauen und die Corona-spezifische Politisierung wieder zu normalisieren. Es braucht auch ein Zeichen der gesamten Gesellschaft, dass es gesehen und geschätzt wird, dass die Jungen solidarisch waren.

#### – Politische Sozialisierung und Digitalisierung: Politisierte Jugendliche abholen

Eine ganze Reihe von Jugendlichen wurde über soziale Bewegungen politisiert. Durch die Corona-Krise kommen allenfalls neue Kreise dazu, welche über Direktbetroffenheit politisiert wurden. Dazu passt, dass Vertreter:innen von Jungparteien angaben, dass sie während Corona Zuwachs hatten. Es ist elementar, jungen Menschen das Gefühl zu geben, dass sie gehört werden und man sich ihrer Sorgen und Ängsten ernsthaft annimmt. Sie brauchen Anerkennung und Gefässe, um sich einbringen zu können. Denn ist das Interesse einmal vorhanden (und das ist es grundsätzlich relativ breit), sollte es in institutionelle Kanäle umgeleitet werden können.

Dazu braucht es Übersetzungsarbeit und Out of the Box thinking. Easyvote leistet in diesem Bereich tolle Arbeit, erreicht aber nur einen Teil der Jugendlichen. Ein wichtiger Hebel dürften digitale Beteiligungsformen und eVoting sein. Auch politische Bildung erfährt vielerorts nicht die Bedeutung, die sie für die Zukunft des Gemeinwesens unbedingt erhalten sollte. Das politische Interesse ist ungleich gestreut und kann verschieden geweckt werden. Beispielsweise erreicht Easyvote über Social-Media-Posts Zielgruppen unterschiedlich: Emotionale Posts

aktivieren politisch weniger Interessierte, informative Posts hingegen die Interessierten. Die Beachtung linearer Medien und Nachrichten im Allgemeinen sinkt bei jungen Menschen. Zentraler werden persönliche Kontakte oder Apps, die diese Kontakte herstellen, auch für die politische Bildung. Der (klassische) Medienkonsum nahm jedoch im letzten Jahr bei Jungen erstmals wieder zu. Man will informiert sein in der Krise.

#### – Think global, act local!

Während die Klima-Bewegung auch 2020 für Aufsehen gesorgt hat, gab es 2020 zwei weitere Top-Themen unter den Jugendlichen: Rassismus und Diskriminierung sowie Politik im Ausland. Da während der Befragung des Jugendbarometers 2020 der US-Präsidentenwahlkampf in der heissen Phase war, bei dem auch Rassismus oft diskutiert wurde, lässt sich daraus schliessen, dass sich Schweizer Jugendliche international orientieren. Die politische Welt rückt näher zusammen. Hoffnungsvoll gesprochen bedeutet dies, dass dank einer international orientierten Generation auch globale Probleme wie eine Pandemie oder der Klimawandel besser bewältigt werden können.

#### – Demokratieskepsis aktiv adressieren

Den verschiedenen Lebenswelten Rechnung zu tragen ist essenziell, wenn man politisches Engagement steigern möchte. Dabei sollten insbesondere Verlierer:innen der Krise im Auge behalten werden. Denn Unzufriedenheit mit Demokratie ist ein Resultat wirtschaftlicher Ausgrenzung und mangelnder Perspektive

#### TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Foa, R.S., Klassen, A., Wenger, D., Rand, A. and M. Slade (2020): «Youth and Satisfaction with Democracy: Reversing the Democratic Disconnect?» Cambridge, United Kingdom: Centre for the Future of Democracy. [https://www.cam.ac.uk/system/files/youth\\_and\\_satisfaction\\_with\\_democracy.pdf](https://www.cam.ac.uk/system/files/youth_and_satisfaction_with_democracy.pdf)

Golder, L., Mousson, M. (2021): «Nahtstellenbarometer April 2021». gfs.bern im Auftrag des SBFI. <https://cockpit.gfsbern.ch/de/cockpit/nahtstellenbarometer-2021-1/>

Golder, L., Jans, C. 2020: «Credit Suisse Jugendbarometer 2020». gfs.bern im Auftrag der Credit Suisse. [https://www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2020/09/203116\\_cs\\_jugendbarometer\\_2020\\_gelayoutet.pdf](https://www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2020/09/203116_cs_jugendbarometer_2020_gelayoutet.pdf)

Golder, L., Jans, C. 2020: «easyvote Politikmonitor 2020». gfs.bern im Auftrag von easyvote. <https://cockpit.gfsbern.ch/de/cockpit/easyvote-politikmonitor-2020-2/>  
[https://www.easyvote.ch/\\_Resources/Persistent/236bc56e-5d66e1fc62ab275fba19ac202572ef14/203119\\_easyvote\\_Politikmonitor.pdf](https://www.easyvote.ch/_Resources/Persistent/236bc56e-5d66e1fc62ab275fba19ac202572ef14/203119_easyvote_Politikmonitor.pdf)

Golder, L., Mousson, M., Keller, T. (2021): «VOX-Analyse Juni 2021. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Juni 2021». gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei. [https://vox.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2021/08/d\\_vox\\_schlussbericht\\_def\\_v3.pdf](https://vox.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2021/08/d_vox_schlussbericht_def_v3.pdf)

Hermann, M., Krähenbühl, D. (2021): «8. SRG Corona Monitor» Sotomo im Auftrag der SRG SSR. [https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2021/07/8.-SRG\\_Corona-Monitor.pdf](https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2021/07/8.-SRG_Corona-Monitor.pdf)



## LUKAS RÜHLI: MEINUNGEN TEIL DER MENSCHLICHEN IDENTITÄT.

In Krisen sucht man stärker nach Identität und identifiziert sich mit Meinungen, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl ermöglichen. Fakten alleine können solche Meinungen nicht ändern. Das ist eine schlechte Nachricht für die Demokratie.

### ZUR PERSON:

Lukas Rühli ist Senior Fellow und Forschungsleiter Smart Government beim liberalen Think Tank Avenir Suisse, wo er in den vergangenen zehn Jahren zu zahlreichen Themen publizierte, u.a. in den Bereichen Föderalismus und Demokratie. 2018–2019 war er zwischenzeitlich als Redaktor beim Schweizer Monat tätig und 2017 zog er zum Zeitpunkt der Amtseinssetzung von Donald Trump für vier Monate nach Washington DC (Cato Institute). Er studierte Volkswirtschaft und Geografie

an der Universität Zürich. Lukas mag Datenvisualisierungen, Zahlen, die Alpen, sein Fahrrad, gute Musik, schwarzen Humor, Lego und Katzen. Allergisch reagiert er auf Doppelmoral und Kulturpessimismus.

«Das Demokratieforum macht zum jetzigen Zeitpunkt Sinn, weil die Welt nach bald zwei Jahren Covid vor grossen Herausforderungen steht.»

Mit der Unterstützung von

### ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

im Vergleich zu den teilweise starken Verwerfungen in anderen Ländern ist in der Schweiz nichts passiert, das eine erhebliche demokratierelevante Bedeutung hätte. Unsere Demokratie (ohnein schon eine der ausgeprägtesten und inklusivsten der Welt) ist nicht in Gefahr.

Weltweit hat aber die Corona-Krise den Trend zur Meinungspolarisierung in gefährlicher Weise verstärkt. Schon davor nahm die Demokratiequalität in vielen Ländern ab, und es wurde diskutiert, welche Rolle Social Media in dieser Entwicklung einnehmen. Der Medienkonsum übers Internet (ohne Gatekeeper, jeder kann Content produzieren) ermöglicht zwar potenziell eine bessere und einfachere faktenorientierte Meinungsbildung als je zuvor, eingetroffen scheint aber das Gegenteil: Jeder kann sich nicht nur seine eigene Meinung bilden, sondern stellt sich – bewusst oder unbewusst (Stichwort: Filterbubble) – auch seine eigenen Fakten zusammen.

Corona hat diese Entwicklungen (wie auch überhaupt viele andere Prozesse) beschleunigt. Die Krise hat leider nicht, wie zu Beginn teilweise gehofft, zu einem Zusammenrücken, sondern zur zunehmenden Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft beigetragen. Eine funktionierende Demokratie braucht den Diskurs unterschiedlicher Bevölkerungs- und Interessengruppen. Wenn aber die Bürgerinnen und Bürger gar keine gemeinsame Kommunikationsbasis mehr haben, weil sie nicht nur verschiedene Meinungen haben, sondern sich auch von einer völlig unterschiedlichen Faktenbasis ausgehen, dann wird dieser

Diskurs erschwert. Das öffnet Populisten, die einfache Lösungen auf vermeintlich eindeutige Tatbestände anpreisen, Tür und Tor.

Teilweise wurde die «Abspaltung» von «Covidioten» wohl auch dadurch provoziert, dass abweichende Meinungen gerade zu Beginn der Corona-Krise gerne verunglimpft und ihnen sozusagen die Daseinsberechtigung abgesprochen wurde. Die Verhältnismässigkeit gewisser Corona-Massnahmen konnte von Beginn weg zurecht bezweifelt werden – nicht so sehr in der Schweiz, die ja mit verhältnismässig geringen Einschränkungen durch die Krise fand, sondern in anderen Ländern, in denen die Bevölkerung – ohne demokratische Legitimation – teilweise wortwörtlich in ihren Häusern eingesperrt wurde.

Es ist wie so oft bei Verschwörungstheorien: sie basieren auf einem wahren Kern, auf etwas, das diffuses Unbehagen auslöst, und überhöhen sich dann ins Lächerliche, wenn sich die Personen damit nicht ernstgenommen fühlen.

Frage ist mit wem und wie nachhaltig sie ist.

### WAS HABEN WIR GELERNT?

Was wir im Zusammenhang zur vorher beschriebenen Polarisierung vor allem gelernt haben sollten: Meinungen bilden sich nicht aus Informationen und Wissen. Wenn das so wäre, dann müsste das ja dazu führen, dass es nur eine Frage der Wissensvermittlung ist, um eine Meinungskonvergenz zu erreichen.

Meinungen sind viel mehr Teil der menschlichen Identität. In Krisen sucht man umso stärker nach

Identität. Und umso mehr identifiziert man sich mit Meinungen, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl ermöglichen. Fakten alleine können solche Meinungen also nicht ändern. Das ist eine schlechte Nachricht für die Demokratie, die sich schon sehr darauf verlässt, dass Menschen ihre Meinungen rational bilden und auch rational wieder ändern.

Demokratiegefährdende Meinungen (z.B. nationalsozialistisches Gedankengut; krude Verschwörungstheorien über Schattenregierungen, Impfungen als Mittel zur Dezimierung der Menschheit, Bill Gates, etc. p.) wird man also nicht über blosser Aufklärung los, sondern man muss dafür die Identitätsebene der Träger dieser Meinungen ansprechen.

Zweitens haben wir schmerzhaft gelernt – oder eben nicht gelernt – wie Wissenschaft funktioniert. Wissenschaft ist ein ständiger Prozess von Trial and Error. Von verschiedenen, teilweise widersprechenden Erkenntnissen, aus denen dann irgendwann mal vielleicht eine Standardtheorie entsteht. Wissenschaftler irren sich oft. Und sie haben sich auch bei der Erforschung von Corona oft geirrt.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern ist aber Folgendes passiert: Die einen sagten: «Das ist die wissenschaftliche Meinung, sie ist darum korrekt», und lehnten jegliche Zweifel daran ab. Dabei sind Zweifel elementarer Bestandteil des methodischen wissenschaftlichen Prozesses. Die andere Seite sagte: «Seht ihr, die Wissenschaft hat sich geirrt, ich glaube ihr gar nichts mehr.» Dabei ist

auch Irrtum Bestandteil der Wissenschaft. Wissenschaft ist immer der aktuelle Stand des Unwissens. Aber: Es ist immerhin der aktuelle Stand. Es ist also immerhin «the best guess», die wir für die Gesetzmässigkeiten dieser Welt haben. Demokratische Entscheidungsfindung sollte auf wissenschaftliche Erkenntnisse abstützen. Die Covid-Krise hat die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft aber untergraben – weil viele eine falsche Erwartung davon haben, was Wissenschaft ist. Auch das schwächt Demokratien und erhöht den Handlungsspielraum von Populisten.

#### **VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:**

Da gibt es zwei Flughöhen bezüglich Handlungsfeld: die Schweiz und international. In der Schweiz können Vorschläge für Demokratieverbesserung bloss Vorschläge sein, die an ganz kleinen Schrauben drehen. Wir sind diesbezüglich ein Land der Glückseligen. International geht es dagegen schnell ins Philosophische.

#### Zur Schweiz:

Die konsens- und debattenorientierte Demokratie der Schweiz hat viele demokratietechnisch problematische Entwicklungen verhindert, die in anderen Ländern zu beobachten sind. Auch durch Covid hat sich die Schweiz im grossen Ganzen gut manövriert.

Strikt im Zusammenhang zum Umgang mit der Covid-Krise ist hier Verbesserungsbedarf auszumachen:

- Verschiebung von Abstimmungstermin (von Mai 2020): War unnötig und sollte in vergleichbarer Lage nicht wieder vorkommen. In einer digitalisierten Welt ist genug öffentlicher Diskurs möglich auch mit Abstandsregeln und Teillockdowns.
- Zur Wahrung der direkten Demokratie auch in Krisensituationen sind die Voraussetzungen für eine rasche und flächendeckende Einführung von E-Collecting und E-Voting zu schaffen.
- Abbruch Frühjahressession: Eine solche Pandemie darf in Zukunft kein Anlass für die Legislative mehr sein, sich selbst ausser Kraft zu setzen. Seine Kontrollfunktion als Volksvertreter muss das Parlament auch digital erfüllen können, um staatliches Handeln zu legitimieren.
  - E-Parlament: technische Infrastruktur ist zu schaffen, die es erlaubt, in den Kommissionen und Räten nach den gewohnten Regeln zu verfahren, mit virtueller statt physischer Anwesenheit.
  - Das Europäische Parlament tagt schon seit März 2020 teilweise online.
  - Börsenhändler konnten im Homeoffice arbeiten, obwohl ihre Arbeit ja ganz offensichtlich auch umfassende Transaktionsrisiken beinhaltet.
- Parlament hat auch nach Ende der «ausserordentlichen Lage» zu wenig Mitspracherecht. Das Covid-Gesetz räumt dem Bund viele Kompetenzen ein: Nur Informationspflicht an Parlament, Kommissionsentscheide und Empfehlungen an Bundesrat verhallen ungehört, Blitz-Vernehmlassungen fragwürdig. Digitaler Austausch zwischen dem Bundesrat und der KdK wäre zwecks schneller Entscheidungsfindung angemessener.
- Fordert die Verfassung in langanhaltenden Krisen die Übertragung von Notverordnungen in ein Gesetz, ist den bundesrätlichen Sonderbefugnissen eine gesetzlich verankerte parlamentarische Kontrolle entgegenzusetzen. Als Zeichen der parlamentarischen Kontrolle sollten in Krisenzeiten die Eidgenössischen Räte einmal pro Woche tagen.
- Für andere Krisenszenarien fehlen Rechtsgrundlagen analog zum Epidemien-gesetz. Ohne solche fallspezifischen gesetzlichen Grundlagen, die den Ermessensspielraum der Regierung durch präzise Regelungen einschränken, droht im Krisenfall eine zu umfangreiche Anwendung von Notrecht.

Zur Begrenzung von Notrecht sollten für die wahrscheinlichsten Katastrophenszenarien gesetzliche Grundlagen analog zum Epidemien-gesetz geschaffen werden. Zur Überprüfung der Relevanz der Szenarien laufen die Gesetze nach zehn Jahren automatisch aus, sofern sie nicht verlängert werden.

#### International:

Was die viel grösseren Herausforderungen, mit denen andere Länder konfrontiert sind, betrifft, bin ich etwas ratlos:

Nichts ist schwieriger, als ein dysfunktionales demokratisches System zu reformieren. Denn eine Reform muss ja durch ebendieses dysfunktionale System beschlossen und realisiert werden. Auch

das dysfunktionale System bringt zudem Profiteure hervor – nämlich genau die, denen es Einfluss verschafft. Und genau diese haben natürlich kein Interesse, das System zu ändern.

[Beispiel Ständemehr \(Schweiz\): Das Ständemehr selbst ist Schutz dagegen, dass das Ständemehr abgeschafft wird.](#)

Beispiel: Zweiparteiensystem USA. Niemand hat je bestimmt, dass die USA ein Zweiparteiensystem haben soll. Sondern das konsequente Majorzprinzip (winner takes it all) führt automatisch zu einem solchen Zustand. Im Zuge der zunehmenden Polarisierung der politischen Debatte ist dieses politische System besonders schädlich. Ein Ausweg ist aber kaum vorstellbar, denn beiden Parteien, die sich an der Macht abwechseln, haben natürlich kein Interesse daran, Strukturen zu schaffen, die ihre eigene Stellung gefährden könnten.

---

#### TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Demokratie und Föderalismus auf Corona-Irrfahrt?  
[www.avenir-suisse.ch/publication/demokratie-und-foederalismus-auf-corona-irrfahrt/](http://www.avenir-suisse.ch/publication/demokratie-und-foederalismus-auf-corona-irrfahrt/)

Reform der Volksrechte: [www.avenir-suisse.ch/publication/volksinitiative/](http://www.avenir-suisse.ch/publication/volksinitiative/)

Digitalisierung der Schweizer Volksrechte: [www.avenir-suisse.ch/publication/digitale-direkte-demokratie/](http://www.avenir-suisse.ch/publication/digitale-direkte-demokratie/)

Demokratische Partizipation von Ausländern in der Schweiz:  
[www.avenir-suisse.ch/publication/passives-wahlrecht-fuer-aktive-auslaender/](http://www.avenir-suisse.ch/publication/passives-wahlrecht-fuer-aktive-auslaender/)



**ANNA MÄTZENER:**  
**ALLE MENSCHEN MÜSSEN WISSEN, WELCHE DIGITALEN  
MÖGLICHKEITEN ES GIBT**

Die Pandemie wurde vielerorts dazu genutzt, digitale Technologien und Systeme überstürzt einzuführen. Gleichzeitig werden aber in der Schweiz noch immer Test-Daten per Fax statt digital ans Bundesamt für Gesundheit übermittelt. Nun braucht es Aufklärung und Kompetenzen, so dass eine demokratisch verankerte digitale Infrastruktur aufgebaut werden kann.

**ZUR PERSON:**

Anna Mätzener ist seit September 2020 Leiterin von AlgorithmWatch Schweiz. Als promovierte Mathematikerin mit den Nebenfächern Philosophie und italienische Sprachwissenschaften war sie u. a. in einem internationalen Wissenschaftsverlag und zuletzt als Lehrerin an einem Gymnasium tätig.

«Das Demokratieforum macht zum jetzigen Zeitpunkt Sinn, da durch die Pandemie deutlich wurde, dass das Thema ADM-Systeme allgegenwärtig ist, aber ein demokratischer Prozess zu deren Einsatz noch nicht angemessen stattfindet.»

Mit der Unterstützung von

## ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Zunächst eine Vorbemerkung: Mein Blick auf die Entwicklungen der letzten zwei Jahre beschränkt sich hier auf das Themenfeld, worin wir bei AlgorithmWatch Schweiz arbeiten: Künstliche Intelligenz, die einen Einfluss auf die Gesellschaft hat. Es gilt zu ergänzen, dass wir eigentlich lieber von algorithmenbasierten Entscheidungssystemen (kurz: ADM) sprechen als von Künstlicher Intelligenz. So wird klarer, dass es um ein sozio-technisches System ohne Bezug zu gesellschaftlichen Werten und ebenso wenig etwas Menschenähnliches: ADM-Systeme können nicht bewusst handeln und denken wie wir Menschen, dafür können sie auch nie Hunger haben, was eine Beeinträchtigung durch grundlegende menschliche Bedürfnisse ausschliesst.

ADM-Systeme erheben Daten, werten diese statistisch aus und treffen dann auf Basis von menschengemachten Wertesystemen Entscheidungen. Haben diese Entscheidungen Auswirkungen auf die Gesellschaft, so liegt uns daran, dass dies der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Meine Perspektive hat daher keinen Anspruch, die insgesamt bedeutendsten Entwicklungen für die Demokratie zu beschreiben, sie zeigt aber, dass in unserem Themenfeld einiges passiert ist, das demokratierelevant ist.

Um die Pandemie einzudämmen, wurden in allen Ländern verschiedene Massnahmen ergriffen, alle zur Verfügung stehenden Mittel und Technologien eingesetzt. Dies ist sowohl nachvollziehbar als

auch der Situation angemessen. Dabei werden nicht nur altbewährte und bekannte Mittel und Technologien eingesetzt, sondern auch neue. Dazu gehören auch die Contact Tracing Apps und digitale Impfbzertifikate. Die technologische Umsetzung sieht sehr unterschiedlich aus, es gibt dabei bessere und schlechtere Lösungen. Darüber, und auch über den Datenschutz, wurde viel diskutiert. Was aber nicht stattfand, war eine echte öffentliche Diskussion darüber, ob diese Technologie die einzige richtige Lösung für das vorhandene Problem ist. Damit wurde sehr schnell eine Infrastruktur geschaffen, die für viele der gewählten technologischen Lösungen nach der Pandemie nicht einfach wieder verschwinden wird. Das ist dann problematisch, wenn die Technologie das Potential zu einer Überwachungsinfrastruktur hat – was leider auf zu viele der Fälle zutrifft.

Es wurde also die Pandemie dazu genutzt, diese Technologien und Systeme überstürzt einzuführen. Ohne Pandemie hätte man sich hier mehr Gedanken gemacht, wie es sich für eine Demokratie eigentlich auch gehört.

## WAS HABEN WIR GELERNT?

Eine gute digitale Infrastruktur kann unglaublich viel dazu beitragen, eine Krise, wie eine Pandemie sie darstellt, zu bewältigen. Das wird sofort offensichtlich, wenn man sich beispielsweise vor Augen hält, dass immer noch Test-Daten per Fax statt digital ans Bundesamt für Gesundheit übermittelt werden oder dass die Zahlen nur an Werktagen addiert werden. Dadurch waren und sind die zur

Verfügung stehenden Daten immer unzuverlässig, da sie nie vollständig und nie alle den gleichen Zeitraum aufzeigen. Die Einschätzung der aktuellen Lage ist die Grundlage für alle Entscheidungen, auf welchem die aktuell geltenden Massnahmen basieren. Je weiter die Datenlage vom tatsächlichen Zustand abweicht, umso vorsichtiger und später wird entschieden. Wäre die digitale Infrastruktur während der ganzen Pandemie bereits zuverlässig vorhanden gewesen, wäre das so nicht passiert. Im Moment fehlt es aber leider vielerorts nicht nur an der Infrastruktur, sondern auch an der Kompetenz im Umgang und Erheben von Daten.

Demokratie braucht hier Voraussicht und muss dafür sorgen, dass die notwendige digitale Infrastruktur, die mindestens den heutigen Ansprüchen genügt, vorhanden ist und auch funktioniert. Nur so steht sie auch in der Krise zur Verfügung und der Fokus kann dann voll und ganz auf der Krisenbewältigung liegen, statt dass gleichzeitig viele der eigentlich dringend benötigten Ressourcen in eine Ad-hoc Reaktion und damit in eine möglicherweise gefährliche Infrastruktur fließen.

#### **VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:**

In erster Linie braucht es nun Aufklärung: Möglichst alle Menschen müssen wissen, welche Möglichkeiten es gibt und worum es überhaupt geht. Nur so können sich alle im demokratischen Prozess einbringen. Wenn niemandem bewusst ist, dass eine gute digitale Infrastruktur notwendig ist oder dass man dafür sorgen muss, dass der Einsatz von ADM-Systemen sinnvoll vonstatten

geht, wird sich auch niemand darum kümmern, diese aufzubauen.

Es braucht zudem Kompetenzen: Sowohl Beamte, also auch Bewohner\*innen eines Landes müssen kompetent sein, damit sie in der Lage sind, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Es ist weder trivial, eine gute digitale Infrastruktur aufzubauen noch mit dem Einsatz von algorithmenbasierten Entscheidungssystemen so umzugehen, dass sie der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Beides ist wichtig und dringend. Nur mit Kompetenz werden die richtigen Entscheidungen getroffen, um dies zu erreichen.

In demokratischen Prozessen werden an verschiedenen Stellen Entscheidungen getroffen. Es ist eine Überlegung wert, gerade wenn es um die Regulierung des Einsatzes von algorithmenbasierten Systemen geht, hier den demokratischen Prozess so zu gestalten, dass auch die Bewohner\*innen partizipativ und sehr früh miteinbezogen werden.

Wenn Technologie so eingesetzt wird, dass sie beispielsweise zu diskriminierender Behandlung von bestimmten Personengruppen führt, braucht es Accountability: Es muss für solche Fälle effektive und zugängliche Möglichkeiten geben, Menschen und Institutionen zur Verantwortung zu ziehen. Aber auch das soll fair sein, und zwar indem hier in Kooperation mit den Verantwortlichen diese Möglichkeiten geschaffen werden. Neue Technologien sollen auch ausprobiert werden – und das funktioniert nicht, wenn immer

nur von Schreckensszenarien ausgegangen wird. Innovation soll möglich sein, gerade damit auch die Anwendungen entwickelt werden können, die allen zugutekommen.

---

**TIPPS ZUM WEITERLESEN:**

Tracing the Tracers:

<https://algorithmwatch.org/en/tracing-the-tracers/>

Dieses Projekt von AlgorithmWatch bietet eine Plattform, um die Öffentlichkeit darüber auf dem Laufenden zu halten, wie ADM-Systeme zur Eindämmung der Pandemie eingesetzt werden. Der Fokus liegt dabei auf Europa.

AlgorithmWatch Schweiz: <https://algorithmwatch.ch>



**ANDREAS GLASER:**  
**DIKTATOREN KÖNNEN ES NICHT BESSER**

Für die moderne Demokratie ist die Pandemie zu einem echten, aber nützlichen Stresstest geworden. Befürchtungen, dass sich der Bundesrat wie nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Wiedereinführung der Volksrechte viel Zeit lässt, erwiesen sich als unbegründet. Jetzt muss über Reformen gesprochen werden.

**ZUR PERSON:**

Andreas Glaser ist ordentlicher Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Universität Zürich. Er leitet das

Centre for Research on Direct Democracy (c2d) am Zentrum für Demokratie (ZDA) in Aarau und ist Vorsitzender der Direktion des ZDA.

Mit der Unterstützung von

### Wie hat sich die Schweizer Demokratie in der schwierigen Zeit der Corona-Pandemie geschlagen?

Sie hat nach einem kurzen Durchhänger im Frühjahr 2020 schnell wieder Tritt gefasst. Damals kam es zu einem schmerzlichen Aussetzer des Parlamentes und erstmals wurde auch eine bereits angesetzte Volksabstimmung verschoben. Schon wenige Monate später, im September 2020, konnten jedoch wieder Wahlen und nationale Abstimmungen abgehalten werden. Bereits im August gab es Wahlen in Kantonen wie Schwyz und Schaffhausen. Alles ging reibungslos über die Bühne. Die Stimmbeteiligungen waren überdurchschnittlich hoch.

Auswirkungen hatte die Pandemie auf die Meinungsbildung: die klassischen Formate wie Strassenkampagnen, Podiumsdiskussionen und Parteiversammlungen fielen weg. Doch die Ergebnisse und Resultate zeigten, dass der Meinungsbildungsprozess nicht massgeblich gestört wurde.

Ich denke, unter den gegebenen Umständen hat man da das Beste daraus gemacht und die demokratischen Entscheidungen waren durchgehend zuverlässig. Auch das Parlament hatte seine Rolle wieder schnell gefunden. Allerdings tun sich klassische Versammlungsformate wie Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden weiterhin schwer.

### Trotz dieser positiven Bilanz bleibt aber der Schock, dass zu Beginn der Pandemie das

### Sammeln von Unterschriften plötzlich verboten werden konnte.

Ja, die einschlägige Verordnung des Bundesrates, der den Bürgerinnen und Bürgern das Unterschriftensammeln und den Gemeinden das Beglaubigen verbot, war schon ein grosser Eingriff. Gerade auch für Menschen wie mich, die sich professionell mit Demokratiefragen beschäftigen. Es bestand die Befürchtung, dass wie nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Regierung zunächst die Volksrechte nicht mehr in Kraft setzen wollte, der Bundesrat über längere Zeit auf Notrecht setzt. Damals wurden Volksinitiativen schubladisiert und Referenden auf die lange Bank geschoben.

Zum Glück kam es anders. Der Bundesrat kehrte schon nach wenigen Monaten zum direktdemokratischen Normalbetrieb zurück. Gleichzeitig hat der Unterbruch auch Probleme aufgedeckt und Chancen aufgezeigt. Vielleicht ist ja das Unterschriftensammeln auf der Strasse gar nicht so toll, wie immer betont wird. Wir haben ja da Probleme gesehen. Also bezahlte Unterschriftensammler, die irgendwie möglichst schnell möglichst viele Unterschriften beschaffen müssen und die vielleicht sogar mit Fehlinformationen Unterschriften erschleichen von Leuten, die dann einfach was Falsches denken oder Ruhe haben wollen.

Vielleicht wäre es ja besser, wenn wir jetzt mal über elektronisches Unterschriftensammeln nachdenken, wo sich die Leute vielleicht entgegen dem Klischee besser informieren, bevor sie irgendwie was unterschreiben.

Auch in den Parlamenten hat ein Umdenken eingesetzt. Vielleicht müssen nicht alle immer in Bern physisch zusammenkommen, sondern Kommissionen können auch virtuell arbeiten, vor allem auch wenn es schnell gehen muss. Mit anderen Worten: Es gibt durchaus Chancen, alles ein bisschen besser zu machen.

In Bezug auf die Nutzung der digitalen Infrastruktur für die Volksrechte gab es in den vergangenen Jahren immer wieder auch Rückschläge und Bedenken. War die Schweiz in dieser Beziehung gut genug auf die Folgen der Pandemie vorbereitet?

Nein, ganz klar nicht. Beim Unterschriftensammeln ist es ja nach wie vor so, dass wir uns mit einem heruntergeladenen PDF behelfen müssen, das dann ausgedruckt wird und jetzt von der Bundeskanzlei selbst zur Beglaubigung an die Gemeinden geht. Also rechtlich bestehen weiterhin viele Hürden. Anderes könnte einfach auch etwas zeitgemässer interpretiert werden. Manche Abläufe in unserer Demokratie werden heute noch zu formalistisch gehandhabt.

Die Pandemie stellte aber auch einen anderen wichtigen Teil der Demokratie in der Schweiz praktisch in Frage: die Versammlungsdemokratie. Sie bildet in zahlreichen kleineren Gemeinden und in zwei Kantonen den Souverän. Was hat sich hier verändert?

Da sind wir noch mitten in der Diskussion. Die Pandemie hat das Versammlungsdemokratiesystem kräftig durchgeschüttelt. So erlebt das oberste gesetzgebende Organ vielerorts seit fast zwei Jahren eine Pause. Stattdessen übernehmen

Exekutiven die Macht, an manchen Orten ging man aber auch zu Urnenabstimmungen über. Letzteres ist natürlich das kleinere Übel. Trotzdem ermöglicht es das Versammlungssystem, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort Anträge und Fragen etwa zum Budget stellen können, was jetzt so nicht mehr möglich ist.

Aber auch in dieser Frage gibt es neue Chancen: Denn wie das Unterschriftensammeln auf der Strasse, so hat auch die Gemeindenversammlung Schwachstellen. An einer Urnenabstimmung nehmen meistens bedeutend mehr Menschen teil als an einer Versammlung. Auch das schafft Legitimation.

In vielen grösseren Orten mit einer Gemeindeversammlung gibt es schon heute die Möglichkeit, per Antrag ein Geschäft an die Urnenabstimmung weiterzureichen. Die Pandemie hat die Suche nach innovativen Kombinationen und anderen Modellen der Bürgerbeteiligung verstärkt.

Im Rahmen der Pandemiebekämpfung hat der Bundesrat unlängst auch die so genannte Covid-Zertifikatspflicht ausgeweitet. Muss bald auch einen solchen Ausweis vorlegen, wer an einer Gemeindeversammlung teilnehmen möchte?

Genau diese Fragen haben wir uns kurzlich an einer Prüfung für öffentliches Recht an der Universität Zürich gestellt. 700 Studierende haben sich mit möglichen Antworten befasst. Dabei kommen die meisten zum Schluss, dass dies ein Bereich sein sollte, wo keine Zertifikate zum Einsatz kommen sollten. Ich bin der gleichen Meinung,

dass wir bei solchen Veranstaltungen wie etwa zuletzt an der Landsgemeinde in Glarus stattdessen auch weiterhin auf Abstand und Maske setzen sollten.

Zurück zur übergreifenden Frage des Internationalen Demokratie Forums in Zofingen. Was haben wir aus der Pandemie für die Demokratie gelernt?

Dass es Diktatoren und illiberale Machthaber nicht besser können als partizipative demokratische Gesellschaften. Im Gegenteil hat die Krise deutlich gemacht, dass die Menschen in demokratischen Staaten der Politik mehr Vertrauen entgegenbringen, was die Pandemiebekämpfung klar erleichtert.

Die Schweiz ist ein gutes Beispiel dafür. Hier haben wir im Juni über das Covid19-Gesetz abgestimmt und werden es im November gleich noch einmal tun. Das ermöglicht es allen Seiten, sich dazu zu äussern, eine eigene Meinung zu bilden und gemeinsam darüber zu befinden. Am 13. Mai sprachen sich bei einer hohen Stimmbeteiligung von fast 60% knapp 40% gegen die Vorlage aus. Von diktatorischen Verhältnissen zu sprechen – wie sie etwa in Weissrussland herrschen – wäre also klar verfehlt. Alles in allem können wir zu diesem emotional aufgeladenen und politisch umstrittenen Thema hierzulande auch heute frei und fair diskutieren und entscheiden.

Und wie geht es nun weiter mit der Demokratie?

Die Wissenschaft sollte keine konkreten Handlungsempfehlungen für rechtspolitische Reformen machen. Aber es gibt viel Spielraum. Zentral ist eine gut informierte Debatte und ein schrittwei-

ses Vorgehen. Das heisst: Wir brauchen jetzt nicht eine Totalrevision unserer Bundesverfassung, sondern kontinuierliche Reformen und Anpassungen an die neue Normalität. Dazu gehört aus meiner Sicht prioritär eine Stärkung des Stimmrechtes. Dies bedeutet auch eine Ausweitung auf 16-jährige und auf Einwohner ohne Schweizerpass. Hier sind vor allem die Kantone aufgerufen vorwärts zu machen, auch einmal etwas zu wagen. Für die Einleitung solcher Reformen empfehle ich parlamentarische Vorstösse und warum nicht auch einmal eine Volksinitiative.

Ein nicht neuer, aber wieder aktueller Vorschlag ist die Einführung einer Gesetzesinitiative auf Bundesebene. Hier sorgt gegenwärtig eine parlamentarische Initiative der Aargauer SP-Nationalrätin Gabriela Suter für Tempo. Das ist ein Vorstoss, der in allen politischen Lagern Zustimmung erfährt, auch bei der SVP. Eine solche Reform macht viel Sinn.

Alle diese Fragen können wir nun bald wieder persönlich in einem grösseren Kreis besprechen. Was versprechen Sie sich vom Internationalen Demokratie Forum in Zofingen?

Endlich wieder direkt Kritik zu hören. Jetzt haben wir sehr lange für uns selber arbeiten müssen und uns ab und zu elektronisch getroffen. Da ist man doch sehr vorsichtig miteinander umgegangen. Aber wenn es Widerspruch gibt, dann wird es spannend und es ist möglich, etwas hinzuzulernen. Darauf freue ich mich sehr!

---

Das Gespräch mit Andreas Glaser führte Bruno Kaufmann am 25. August im Garten des Zentrums für Demokratie in Aarau. Die Abschrift spiegelt dieses Gespräch in gekürzter und leicht redigierter Form.



## MATT QVORTRUP: JETZT MEHR DEMOKRATIE WAGEN!

Unsere politische Kultur und unser politisches System sind heute viel zu stark auf Konfrontation ausgelegt. Stattdessen benötigen wir eine starke demokratische und partizipative Infrastruktur, welche es uns ermöglicht, sich mehr auf Sachthemen zu konzentrieren. Nicht der Streit, sondern mögliche Lösungen sollten im Mittelpunkt stehen.

### ZUR PERSON:

Matt Qvortrup ist Professor für Politikwissenschaft an der Coventry University. Er wurde in Oxford ausgebildet und hat über ein Dutzend Bücher über Demokratie und Referendum geschrieben, darunter *Democracy on Demand* (2021) und *Referendums and Ethnic Conflict* (2014). Er hat auch Sendungen für die BBC

produziert und für «The Guardian», «El Pais» und «Newsweek» geschrieben.

«Am Internationalen Forum möchte ich gerne lernen, wie wir politische Diskussionen weniger parteiisch gestalten können und wie wir die Direkte Demokratie stärker auf die Problemlösung konzentrieren können.»

Mit der Unterstützung von

### ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Die Regierungen mehrerer Länder nutzten die Pandemie, um Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten zu rechtfertigen. In vielen Fällen haben sie ohne Grund Wahlen und Abstimmungen verschoben. So wurden etwa die Kommunal- und Regionalwahlen in Grossbritannien verschoben. In anderen Ländern aber – zum Beispiel in den USA – gab es Wahlen und Referenden. Diese fanden statt, ohne dass die Zahl der COVID-Fälle anstieg. Die Lehre aus der Pandemie ist, meiner Meinung nach, zweierlei: Erstens müssen Regierungen besser kontrolliert werden und zweitens brauchen wir stärkere Mechanismen der elektronischen Demokratie. Sie funktionieren schon und können nun weiter vertieft werden.

Der englische Politiker Sir Keith Joseph sagte einmal: «Wenn man den Menschen die Verantwortung abnimmt, werden sie verantwortungslos.» Das ist auch die Lehre der Pandemie. Wenn die Bürger\*innen nicht einbezogen werden, ist es nicht überraschend, dass sie an Verschwörungstheorien glauben. Durch direktdemokratische Institutionen und Formen müssen wir dafür sorgen, dass sich die Bürger\*innen wieder verantwortlich fühlen.

### WAS HABEN WIR GELERNT?

Während der Pandemie haben wir gelernt, dass die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich diskutieren können. Sie sind bereit, wissenschaftlichen Fakten zuzuhören. Aber sie sind auch empört, wenn sie nicht gefragt werden. Was können wir tun? Eine Antwort sind sogenannte Bürgerräte,

per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam eine repräsentative Versammlung ergeben und dort auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse Lösungen für Probleme erarbeiten.

Um Entscheidungen legitimer zu machen, können (und müssen) wir mit elektronischen und digitalen Formen der Demokratie experimentieren. Die Grönländerinnen und Grönländer haben hier Pionierarbeit geleistet. Und so wird es möglich, dass Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen über konkrete politische Massnahmen treffen, wie beispielsweise beim Bürgerhaushalt im Tower Hamlet in London. Bürgerräte können die Demokratie ergänzen – nicht ersetzen. Das hat Irland vorgemacht. Grundsätzlich brauchen wir ein System komplementärer Demokratie. Dies entspricht der Zeit. Wir wollen keine Paketangebote. Wir sind individualisierte Verbraucher und auch individualisierte Bürger und Bürgerinnen.

### VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT AN DER DEMOKRATIE:

Grundsätzlich brauchen wir ein politisches System, das weniger konfrontativ aufgestellt ist. Carl Schmitt sagte einmal, dass «die Unterscheidung von Freund und Feind ein Kriterium des Politischen» sei. In der Ära von Trump, Erdogan, Orban und Johnson ist das zu einer tragisch wahren Beobachtung geworden. Aber wenn dies der Fall ist, brauchen wir eine neue Art von Politik.

Um eine Unterscheidung zu verwenden, die wir im Englischen haben, müssen wir zu Policy im

Gegensatz zu Politics zurückkehren. Wir müssen über Policy-Probleme diskutieren.

Im Moment werden Diskussionen nicht von der Policy getrieben. Wir entscheiden nach Persönlichkeit: «Mag ich Trump oder nicht», etc. Wir hören nur auf unsere «Freunde», (in Echochambers). Das muss sich ändern. Dazu brauchen wir natürlich starke demokratische Institutionen und eine Bereitschaft von uns allen, politische Diskussionen anders, aufgeschlossener anzugehen.

Versuchen Sie nicht, den Streit zu gewinnen! Versuchen Sie, das Problem zu lösen! Wenn wir das tun, können wir zu einer guten öffentlichen Policy zurückkehren.

---

#### TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Mein neues Buch heisst Democracy on Demand (Demokratie auf Abruf) – aber Mehr Demokratie wagen wäre ein treffenderer Titel.

<https://manchesteruniversitypress.co.uk/9781526158956/>

Die wichtigsten Thesen und Forschungserkenntnisse aus diesem Buch habe ich hier zusammengefasst.

<https://www.zocalopublicsquare.org/2021/08/18/direct-democracy-more-civil-less-polarized/ideas/essay/>